

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 RM. monatlich 1,50 RM. wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,50 RM. pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.
 Erscheint täglich.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Annoncenzeile oder deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereine und Verwaltungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das (ungetragene) Wort 20 Pf. (täglich 2 getragene Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengeluche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Donnerstag, den 27. Juli 1916.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Stadtordnung und Wahlbewegung in Warschau.

Von einem polnischen Genossen wird uns geschrieben:

Nachdem bereits vor einem Jahre eine Anzahl Städte im besetzten Polen links der Weichsel von der deutschen Verwaltung eine Stadtordnung erhalten hatte, ist nun kürzlich eine solche auch für die Landeshauptstadt Warschau erlassen worden. Lehnte sich schon jene an die altpreussische Städteordnung an, so trägt diese noch viel deutlicher das Gepräge der selben, ja sie übertrifft sie sogar in ihren Grundzügen, besonders was den Klassencharakter anbelangt. Ihre wichtigsten Bestimmungen sind folgende:

Vor allem unterscheidet sie zwischen Einwohnern und Bürgern. Die ersteren sind zur Mitbenützung der öffentlichen Gemeindevorrichtungen berechtigt und zur Teilnahme an den Gemeindefürsorge verpflichtet. Deutsche Militärpersonen sowie Mitglieder deutscher Behörden gehören nicht zu den Einwohnern der Stadt. Sie sind zur Mitbenützung der Gemeindevorrichtungen berechtigt, aber von allen Gemeindefürsorge befreit. Als Bürger gilt, wer das aktive Wahlrecht für den Stadtrat auf Grund der Wahlordnung besitzt.

Das aktive Wahlrecht ist nicht allgemein. Es ist an das männliche Geschlecht, an die Staatsangehörigkeit zum Königreich Polen (begründet auf der dortigen Geburt oder hinreichend langer Ansässigkeit), an das vollendete 25. Lebensjahr (in Preußen des 24.), an den Wohnsitz in Warschau seit mindestens 2 Jahren und an den Besitz eines deutschen Passes geknüpft. Die Frauen sind von dem Wahlrecht ausgeschlossen, mit Ausnahme der Hausbesitzerinnen, die sich jedoch bei der Ausübung desselben durch einen wahlberechtigten Bürger vertreten lassen müssen. Weiter dürfen nicht wählen Personen, die sich unter gerichtlichem Verfahren befinden oder der Bürgerrechte verlustig gegangen sind, u. a. auch politische Verbrecher, oder die eine Armenunterstützung empfangen. Das passive Wahlrecht beginnt erst mit dem vollendeten 30. Jahre und steht überhaupt nur den männlichen Einwohnern zu, und zwar denjenigen, die das aktive Wahlrecht besitzen, bürgerlich unbescholten sind und die polnische Sprache in Wort und Schrift beherrschen.

Die Wähler sind in folgende 6 Kurien (in Preußen 3 Klassen) eingeteilt:

- Kurie 1: Hausbesitzer und Grundbesitzer.
- Kurie 2: Größere Industrie- und Handelsunternehmer, die eine Gewerbesteuer- und Handelssteuer zahlen.
- Kurie 3: Katholische Geistliche (1 Vertreter) und die gelehrten Berufe, wie Juristen (3 Vertreter), Lehrer (3 Vertreter), Mediziner (3 Vertreter), Techniker mit Hochschulbildung (3 Vertreter). Sodann die Intelligenz, die nicht unter die genannten Kategorien fällt (2 Vertreter).
- Kurie 4: Kleinindustrielle, Handwerker, Kleinhändler und Krämer.
- Kurie 5: Wähler, die zur Wohnungssteuer veranlagt sind.
- Kurie 6: Alle anderen Wähler, die in keine der ersten fünf Kurien eingereiht werden können.

Die Wahlen sind geheim und proportional (außer der 3. Kurie). Wahlen darf man nur in einer Kurie. Da aber jede die gleiche Zahl Vertreter, nämlich 15 — also zusammen 90 — zu wählen hat, so fallen auf die ersten fünf Kurien, die im großen ganzen die bürgerlichen Klassen repräsentieren, 75, d. h. fünfmal so viel Vertreter, wie auf die letzte Kurie, die für die proletarischen Massen in Betracht kommt und nur 15 Vertreter in den Stadtrat schickt. Dabei gehört umgekehrt, von den 82 000 Wählern (etwa 80 Proz. aller Wahlberechtigten), die sich die Ausübung ihres Rechts gesichert haben, der größte Teil, und zwar mehr als 50 000, der 6. Kurie an.

Ein besseres Wahlssystem konnte sich die polnische Bourgeoisie kaum wünschen. Und tatsächlich ist es auch nach ihren konkreten Wünschen zugeschnitten worden. Denn wie es in dem gleichzeitig mit der Stadtordnung veröffentlichten Kommunikat der Okkupationsbehörden ausdrücklich heißt, war hierbei der Umstand maßgebend, daß in den ersten Kreisen des Warschauer Bürgertums der Gedanke der Sturialwahlen als der sich am meisten für die Verhältnisse Warschaws eignenden enthielt.

Der Stadtverordnetenvorsteher ernennen die Okkupationsbehörden, die in jede Sitzung des Stadtparlaments, des Magistrats oder der Kommissionen einen Regierungskommissar entsenden können und über das Recht verfügen, zu jeder Zeit das erstere aufzulösen. In diesem Falle finden die neuen Wahlen nach Ablauf von drei Monaten nach der Auflösung statt.

Die Beschlüsse des Stadtrates besitzen keine endgültige Kraft. Sowohl in Fragen des Budgets wie in sonstigen wichtigeren Angelegenheiten der Stadtwirtschaft, z. B. Anleihen, Erwerb von unbeweglichen Gütern usw., müssen sie noch von den Okkupationsbehörden bestätigt werden. Uebrigens kann sie der Stadtpräsident aufheben, der sie zur schließlichen Entscheidung dem Polizeipräsidenten übergibt.

Die unmittelbare Leitung der Stadtwirtschaft liegt in den Händen des Magistrats. Dieser besteht aus dem Stadtpräsidenten, der vom Generalgouverneur, und den beiden Bürgermeistern, die vom Verwaltungschef ernannt werden.

Sinzu kommen noch 12 Ratsherren, die vom Stadtrat auf 3 Jahre gewählt, aber vom Kaiserlich deutschen Polizeipräsidenten bestätigt werden (wenn sie auch nach der zweiten Wahl seine Bestätigung nicht finden, so ernannt er sie selbst), der Milizpräsident, sowie endlich 5 höhere städtische Beamte, die ebenfalls seiner Bestätigung unterliegen. Danach ist der ganze Magistrat, der in allen vom Stadtrat zu behandelnden Fragen allein (nicht also der Stadtrat selbst) das Initiativrecht besitzt, im Grunde von den deutschen Behörden abhängig, die seine sämtlichen Mitglieder absetzen kann.

Beachtenswert ist dabei die Macht des Kaiserlichen Polizeipräsidenten, die noch viel weiter reicht, als wir soeben gesehen. Als Aufsichtsbehörde entscheidet er im Streitfall zwischen Stadtrat und Magistrat, ist befugt, zu jeder Zeit über den Gang der amtlichen Tätigkeit Kontrolle zu üben und, wie erwähnt, die Sitzungen des Stadtparlaments, des Magistrats und der Kommissionen bewachen zu lassen. Er ratifiziert die Statuten, welche die einzelnen Gebiete der Stadtwirtschaft regeln, bekräftigt das Budget und hat im Falle der Nichtigkeitsurteilung das Recht, Vorschriften über die Deckung der finanziellen Bedürfnisse zu erteilen. Nur mit seinem Einverständnis darf die Stadt eine ständige Verpflichtung von über 1000 Mark jährlich auf sich nehmen, städtische Unternehmungen und Betriebe errichten und ändern, Immobilien erwerben und dergleichen mehr. Seiner Bestätigung unterliegt die Geschäftsordnung des Stadtrates und des Magistrats, von ihm wird auch die proportionale Wahlordnung in den Kurien festgelegt. Er verfügt endlich über die Gewalt, diejenigen mit einer Buße bis 100 000 R. oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten zu bestrafen, die sich ohne Grund weigern, die Ernennung oder Wahl zum Mitgliede der Stadtverwaltung anzunehmen, oder die mündlich, in Schrift oder Druck anders zum Widerstand gegen die Durchführung der Stadtordnung aufzureizen oder zureden.

Die Tatsache, daß von 105 000 Wahlberechtigten über 82 000 und von diesen wiederum 60 Proz. in der sechsten Kurie allein an den Wahlen beteiligt sind, beweist, welches Interesse die Bevölkerung und insbesondere die untersten Volksschichten der Frage der Selbstverwaltung entgegenbringen.

Die Wahlen haben bereits am 10. Juli begonnen. Aufgetreten sind von den bürgerlichen Parteien und Richtungen: die Nationaldemokraten, die Nationale Partei, die Nationale Vereinigung, die polnische Fortschrittspartei, die polnische Fortschrittsvereinigung und die Vereinigung für Realpolitik, die zusammen ein Zentrales Wahlkomitee gebildet haben; ferner haben die demokratischen Elemente als ihre Organisation das Demokratische Wahlkomitee geschaffen. Das sich als jüdisch betrachtende Bürgertum hat sein eigenes Jüdisches Wahlkomitee ins Leben gerufen.

Auf Seiten der Arbeiterschaft bzw. unter sozialistischer Führung entstanden: das Arbeiterkomitee der Polnischen Sozialisten, das im Schlepptau der Bourgeoisie und ihres Nationalismus segelt; das Wahlkomitee des Sozialistischen Bloks, einer Vereinigung von Elementen, die zur Polnischen Sozialistischen Partei (P. P. S. Lewica) und zum Jüdischen Arbeiterbund tendieren, das Sozialdemokratische Wahlkomitee, dessen Organ die „Kassa Trybuna“ ist, sowie endlich das Sozialdemokratische Arbeiterwahlkomitee, das eine Gruppe Sozialdemokraten repräsentiert, die seit kurzem das Blatt „Kassa Sproma“ herausgibt. Daß die Anhänger der beiden letzten Komitees auch in der Wahlaktion getrennt marschieren — auf die Ursachen ihrer organisatorischen Spaltung überhaupt können wir hier nicht eingehen, da sie sich prinzipiell im Grunde durch nichts unterscheiden — ist sehr zu bedauern.

Die Zersplitterung der sozialdemokratischen Kräfte ist um so bedauerlicher, als unterdessen die Bürgerlichen ihnen gegenüber die Parole des vereinten Schlagens ausgegeben haben. Die Furcht vor der roten Gefahr hat sie alle ohne Unterschied der politischen Richtung, der Nation und Religion zusammengetrieben. Ihre drei Wahlkomitees haben eine Kompromißliste aufgestellt, die jeder Partei schon jetzt eine bestimmte Anzahl Sitze garantiert.

Von einem eigentlichen Wahlkampf kann infolgedessen nur in der sechsten Kurie gesprochen werden. (2)

Der Ausfall der Warschauer Wahlen.

Das Hauptinteresse der Warschauer Stadtratswahlen konzentrierte sich auf die sechste Kurie, in der die großen Massen der proletarischen Bevölkerung zu wählen hatten, da in den übrigen Kurien (mit Ausnahme der dritten, wo die Angehörigen der freien Berufe in einzelnen Gruppen wählten) zwischen den großen bürgerlichen Wahlkomitees eine Verteilung der Mandate auf Grund eines Kompromisses zustande gekommen war. Von den insgesamt 90 Mandaten fanden demnach nur 15 zur freien Wahl der breiten Schichten der Warschauer Bevölkerung, und nur hier kamen denn auch die politischen und sozialen Gegensätze in offenem Wahlkampf zur Geltung.

In der sechsten Kurie fanden sechs Kandidatenlisten einander gegenüber. Insgesamt wurden hier 86 781 Stimmen abgegeben oder 72 Proz. aller in die Wahllisten eingetragenen. Diese Stimmen verteilten sich folgendermaßen:

| | |
|---|-----------|
| I. Polnische Soz. Partei (nationale Richtung) | 5 916 St. |
| II. Sozialdemokraten | 2 831 „ |
| III. Sozialistischer Bloks (Jüdischer Arbeiterbund und Polnische Soz. Partei) | 3 711 „ |
| IV. Jüdisches Volkkomitee | 8 611 „ |
| V. Nationales Arbeiterkomitee | 13 988 „ |
| VI. Vereinigtes Jüdisches Komitee | 1 024 „ |

Danach verteilten sich die 15 Mandate folgendermaßen: Liste I: 2 Mandate, Liste II: 1, Liste III: 1, Liste IV: 4, Liste V: 7, Liste VI: 0. Da als sozialistische Kandidaturen nur die in Liste II und III angeführten in Betracht kommen, sind als Gewinn der Wahlen nur zwei sozialistische Mandate zu buchen, von denen eins auf ein Mitglied der „Sozialdemokratie Polens und Litauens“ (Opposition) und eins auf die P. P. S. (Lewica) entfiel. Dem Kandidaten des Jüdischen Arbeiterbundes fehlten nur wenige Stimmen, um durchzudringen. Die übrigen Mandate der sechsten Kurie gelangten — abgesehen von den zwei Mandaten der nationalen Richtung der P. P. S., die mit den Bürgerlichen zusammengebt — in den Besitz der polnischen und jüdischen Nationalisten.

Dieser Ausfall der Wahlen berührt schmerzlich. Konnte man auch in Anbetracht verschiedener Umstände, auf die hier nicht eingegangen werden kann, keinen glatten Sieg der Sozialisten in der sechsten Kurie erwarten, so hatte man doch eine stärkere Zurückdrängung der nationalistischen Parteien in diesem Mittelpunkt langjähriger sozialistischer Propaganda- und Organisationsstätigkeit erwartet. Daß dieses Ergebnis nicht eingetreten ist, dürfte zum Teil wohl auch der enormen Zersplitterung der sozialistischen Kräfte zuzuschreiben sein.

Nach dem Abschluß der Wahlen in der sechsten Kurie stellt sich ihr Ergebnis in sämtlichen Kurien wie folgt zusammen:

| | |
|--|----|
| Vertreter | |
| des Zentralen nationalen Komitees | 87 |
| des Demokratischen Komitees | 23 |
| des Vereinigten jüdischen Komitees | 15 |
| des National. polnisch. Arbeiterkomitees | 7 |
| des jüdischen Volkkomitees | 4 |
| der P. P. S. (nationale Richtung) | 2 |
| der P. P. S. (Lewica) | 1 |
| der Sozialdemokratie Polens u. Litauens | 1 |

Die Parteizugehörigkeit der verschiedenen bürgerlichen Ratmänner läßt sich zurzeit nicht recht übersehen. Die Nationalpolen verfügen jedenfalls über eine große Mehrheit — was bei ihrem schärfen Gegenstand zu haben ein schwerwichtiges Moment ist —, in sozialer Hinsicht dagegen verschwinden die vereinigten Sozialisten und aufrichtigen bürgerlichen Demokraten in dem großen Haufen der Vertreter der zahlungsfähigen Bourgeoisie.

Erfolgreicher Luftschiffangriff.

Berlin, 26. Juli. (B. Z. B.) Amtlich. Eines unserer Marine-Luftschiffe hat am 25. Juli einen Angriff auf den Hauptstützpunkt der russischen und englischen U-Boote in Maricham ausgeführt und die dortigen Hafenanlagen mit siebenhundert Kilogramm Sprengbomben mit gutem Erfolg beworfen. Trotz heftiger Beschädigung ist das Luftschiff unbeschädigt in seinen Flughafen zurückgekehrt.

Englischer Dreadnought torpediert.

Amtlich. Berlin, 26. Juli. (B. Z. B.) Eines unserer U-Boote hat am 26. Juli vor dem englischen Flottenstützpunkt Scapa Flow auf den Orkney-Inseln ein englisches Großkampflinienschiff mit Torpedos angegriffen und zwei Treffer erzielt.

Deutscher Fliegerangriff auf eine russische Flugstation.

Amtlich. Berlin, 26. Juli. (B. Z. B.) Eines unserer Seefluggeschwader hat am 25. Juli abends die russische Flugstation Berzel auf Oesel angegriffen und mit Bomben belegt, die Flugzeughallen und zum Starten bereit stehende russische Flugzeuge wurden getroffen.

Trotz Beschädigung durch feindliche Torpedoboote und Kampfflugzeuge konnte der Angriff planmäßig durchgeführt werden. Alle Flieger sind zum Stützpunkt zurückgekehrt.

Feindlicher U-Boot-Angriff.

Hamburg, 26. Juli. (B. Z. B.) Wie nachträglich bekannt wird, ist der Dampfer „Elbe“ der Vereinigten Dampfer- und Frachtschiffahrtsgesellschaft am 19. Juli nachmittags auf der Fahrt von Sundswall nach Zulea in der Nähe des Hafens Natan in einem Abstand von einer halben Seemeile von Land durch ein feindliches Unterseeboot ohne jede Warnung mit Torpedo angegriffen worden. Dem Kapitän gelang es durch Hartbadbordern dem Torpedo auszuweichen, welcher in zwanzig Meter Abstand an der „Elbe“ vorbeiging und an den Klippen der Küste explodierte. Die „Elbe“ ist in Natan eingelaufen und unbeschädigt.

Vom U-Boot-Krieg.

London, 25. Juli. (B. Z. B.) Neutermeldung. Der Dampfer „Longwe n“ (4683 Tonnen) wurde torpediert. 14 Mann der Besatzung ertranken.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 20. Juli. (B. L. B.) Amtlicher Bericht von Dienstag nachmittag. Südlich der Somme nahmen die Franzosen gegen Ende des Tages südlich von Estrées eine Gruppe stark besetzter Häuser. Im Laufe eines kleinen Angriffs vertreiben sie die Deutschen aus einigen Gräben nördlich von Vermandovillers. Zwischen Dize und Aisne zerstreuten die Franzosen in der Gegend von Trachy-le-Sal durch Gewehrfeuer mehrere deutsche Erkundungsabteilungen. Auf dem linken Maasufer schickte unter dem Kommando unserer Maschinengewehre ein deutscher Angriffsvorstoß mit Handgranaten an der Höhe 304. Auf dem rechten Maasufer heftige Beschüßung in der ganzen Gegend zwischen Fleury und Lausée. Im Esch griffen die Deutschen nach Artillerievorbereitung Valschweiler, nordwestlich von Ailtzsch, an, wurden aber nach ziemlich lebhaftem Kampf aus einigen Grabenstücken, in die sie hatten eindringen können, herausgeworfen.

Flugdienst: Unterleutnant Kungeler (Schw) am 22. sein zehntes deutsches Flugzeug ab. In der Nacht vom 24. zum 25. besetzte ein französisches Flugzeuggeschwader die Bahnhöfe von Pierrepont und Longueval und Bivots bei Mangiennes mit Bomben.

Paris, 20. Juli. (B. L. B.) Amtlicher Bericht von Dienstag abend. Außer einem heftigen Bombardement in der Gegend von La Louée (rechtes Ufer der Maas) ist kein bedeutendes Ereignis von der ganzen Front zu melden.

Belgischer Bericht. Weidseitige Tätigkeit an verschiedenen Punkten der belgischen Front. Das Bombardement war in der Gegend von Doefinghe heftig.

Die englische Meldung.

London, 20. Juli. (B. L. B.) Amtlicher Bericht. Den ganzen Tag heftiges Handgemenge und Bombenkampf längs der gesamten Schlachtfeldfront. Die Deutschen versuchten einen Infanterieangriff bei Pozieres. Sie wurden durch Geschützfeuer zurückgeschlagen.

London, 25. Juli. (B. L. B.) General Haig meldet: Ein Versuch des Feindes, gestern unseren rechten Flügel anzugreifen, ist gescheitert. Zwei Infanterieangriffe im Zentrum hatten ebenfalls keinen Erfolg. Wir haben noch trotz des erbitterten Widerstandes der Deutschen Gelände nördlich von Pozieres gewonnen. Der Feind hat in den allerletzten Tagen weitere Verschiebungen an Infanterie und Geschützen an die Front an der Somme gebracht. Den ganzen gestrigen Tag hat das feindliche Bombardement ziemlich ununterbrochen andauert. Einigemal war es sehr heftig. Darauf folgte mittags der schon gemeldete Angriff. Infanterieangriffen im Zentrum ging ein besonderes heftiges Geschützfeuer voraus. Diese letzteren Angriffe, die in der Nacht stattfanden, wurden durch unser konzentriertes Geschütz- und Gewehrfeuer angehalten. Es gelang dem Feinde nirgends, an die englischen Schützengräben zu gelangen. Seine Verluste sind schwer. An anderen Punkten der Linie kam es vielfach zu Handgemenge. Bei Teilvorstößen unserer Infanterie brachten wir zwei Maschinengewehre und mehrere Gefangene ein, darunter zwei Bataillonskommandeure bei Pozieres.

Erfolgreicher deutscher Flieger gefallen.

Königsberg i. Pr., 25. Juli. (B. L. B.) Nach einer hierher gelangten Nachricht ist Leutnant Otto Parschau, Ritter des Ordens Pour le mérite, am 22. Juli gefallen.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 26. Juli. (B. L. B.) Amtlicher Bericht vom 26. Juli nachmittag.

Westfront. Unsere Flottille auf dem Riadziol-See beschloß während der Nacht die feindlichen Unterkünfte am Seeufer. In der Gegend von Strobowa (22 Kilometer) nordöstlich Baranowitschi wurden vorrückende Angriffstruppen des Feindes durch unser Feuer zurückgeschlagen. Nördlich von Lucl überflogen zwei deutsche Flugzeuge unser Lager und warfen einige Bomben ab, jedoch ohne Schaden anzurichten. In der Richtung auf Lucl in der Gegend von Semerunli (35 Kilometer westlich Lucl) wiesen wir einen Angriff des Gegners zurück. Im Verlaufe des gestrigen Angriffs auf das Dorf Saliczan (siehe Nachmittagsbericht vom 24. Juli) fanden neue Straßenkämpfe statt, bei welchen wir noch zwei Maschinengewehre erbeuteten und 77 Deutsche und Oesterreicher zu Gefangenen machten. In der Nacht des 25. Juli drangen die tapferen Regimenter der Armee des Generals Sacharow durch die feindlichen Drahthindernisse am Stonopols-Ufer in der Gegend von Leszniow (5 Kilometer westlich Rosow) vor. Ein heißer Kampf ist im Gange. Am 24. Juli, etwa 8 Uhr abends, stürzte westlich von Buzlanow ein unserer Flugzeuge, durch die feindliche Artillerie getroffen, brennend in der Nähe der vorgeschobenen feindlichen Linien ab. Allem Anschein nach starben die tapferen Flieger, Hauptmann Veridge und Leutnant Ritschischow, den Desdentod. In der Gegend Breaza—Fundul—Ralsdobi, westlich Kimpolung, griff der Feind mit drei kriegsstarke Kompanien unsere Gebirgstruppen an. Der Nichtkanonier Lutschkin, der zu einer unserer Gebirgsbatterien gehört, wies den Angriff ab. Er bediente sein Geschütz weiter, obgleich ihm ein Geschütz der Arm weggerissen hatte, bis das Geschütz außer Gefecht gesetzt wurde. Der Feind wurde abgewiesen. Am 23. Juli fielen 49 tapferer Soldaten über den Feind in der Gegend des Tomnat-Gebirges, 50 West nordwestlich Kimpolung, Her und machten vier Offiziere, 57 Soldaten zu Gefangenen.

Kaukasus. Die türkische Armee geht unter dem unwiderstehlichen Druck unserer tapferen Truppen in Unordnung zurück. Mehrere Truppenteile befinden sich bereits 15 Werst vor der Stadt Erzindjan in Armenien, wo nach Meldungen unserer Flieger die Türken alle Arten von Depots anzünden.

Petersburg, 26. Juli. (B. L. B.) Amtlicher Bericht vom 26. Juli abends.

Westfront: Der Uebergang unserer Truppen über die Stonowka an der Einmündung in den Styr vollzieht sich unter dem feindlichen Feuer ohne Unterbrechung weiter. Bei der Vorwärtsbewegung des heutigen Tages machten wir 1000 Gefangene und erbeuteten vier Geschütze und fünf Maschinengewehre, die wir gegen den Feind richteten.

Kaukasus. Unser Vorbringen auf Erzindjan schreitet fort. Die türkischen Kolonnen gehen, von unseren Truppen verfolgt, fluchtartig zurück. Sie ließen auf der Rückzugstraße Geschütze, Gewehre und alle mögliche Munition zurück.

Zusatz. In den Kämpfen am 28. Juni warf eines unserer Infanterieregimenter von der transamirischen Grenze den Feind in energischem Angriff aus seinen Gräben bei dem Flecken Gwogdzier (16,5 Kilometer nordöstlich Kolomea). Im Begriff, die Oesterreicher weiter nach Westen zu verfolgen, geriet das Regiment westlich Gwogdzier nach in aus nächster Nähe abgegebenes Artillerie- und Infanteriefeuer des Feindes. Der Regimentsführer, Oberst Semennow, ordnete die weitere Verfolgung des Gegners ohne Aufenthalt an. Der Führer des ersten Bataillons, Oberleutnant Gussal, der gegen einen dem Dorfe vorgelagerten Hügel vorging, bemerkte eine feindliche Batterie in einem Garten an der Straße Kolomea—Turka

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 26. Juli 1916. (B. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Am Kanal Comines—Ypern wurde die große englische Position durch eine deutsche Sprengung mit ihrer Besatzung vernichtet.

Nördlich der Somme halten sich nach heftigem Kampf die Engländer in Pozieres. Weiter östlich am Fourcaux-Wald und bei Longueval wurden kleinere feindliche Vorstöße abgewiesen, am Trones-Waldchen Angriffsabsichten erkannt und durch Feuer vereitelt. Südlich der Somme hielten wir südwestlich des Geschloßes Maissonette in der Nacht zum 25. Juli gewonnenen Boden gegen französische Wiedereroberungsversuche. Südlich von Estrées fanden gestern noch lebhaftere Nahgefechte statt.

Auf der Höhe „La Fille morte“ (Argonnen) besetzten die Franzosen einen von ihnen gesprengten Trichter, wurden aber bald darauf durch eine deutsche Gegenmine verfehlet.

Links der Maas machten unsere Truppen an der Höhe 304 kleinere Fortschritte; rechts des Flusses war während der Nacht Artilleriekampf in der Gegend des Werkes Thiamont.

An vielen Stellen der Front wurden feindliche Patrouillen abgewiesen.

Zwei feindliche Flugzeuge wurden nördlich der Somme in unseren Linien durch Infanterie- und Maschinengewehrfeuer, eins nach Luftkampf brennend in Gegend von Luneville zum Absturz gebracht.

Am 24. Juli wurde durch Vortreiber der Abwehrgeschütze ein französischer Doppeldecker in Richtung der Feste Souville abgeschossen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Hindenburg.

Westlich von Niga drangen Erkundungsabteilungen in russische Vorstellungen ein und zerstörten sie. Feindliche Patrouillen zeigten vielfach größere Tätigkeit.

Unsere Flieger brachten durch Bombenabwurf und Maschinengewehrfeuer feindliche Truppentransportzüge auf der Strecke Dünaburg—Polod und östlich von Minol zum Halten.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern.

Abends und nachts richteten die Russen Angriffe, in denen drei Divisionen festgesetzt wurden, gegen die Front östlich und südöstlich von Gorodischtsche. Sie sind wie alle früheren unter schwersten Verlusten für den Gegner gescheitert; an einer Stelle wurde der Feind im Gegenstoß geworfen. Er ließ hier 1 Offizier, 80 Mann und ein Maschinengewehr in unserer Hand.

Deutsche Flugzeuggeschwader warfen ausgiebig und erfolgreich Bomben auf die mit Transporten belegten Bahnhöfe Pogorzelsch und Gorodzieja sowie in ihrer Nähe lagernde Truppen.

Heeresgruppe des Generals v. Linzinger.

Nordwestlich von Lucl hatten Unternehmungen feindlicher Erkundungsabteilungen keinen Erfolg. Nordwestlich von Beresterzko wurden stärkere russische Angriffe abgewiesen, teils durch Feuer, teils durch Gegenstoß, wobei 100 Gefangene und zwei Maschinengewehre eingebracht wurden.

Armee des Generals Grafen v. Bothmer
Westlich des Koropico-Abchnittes fanden kleinere Gefechte vorgeschobener Abteilungen statt.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 26. Juli. (B. L. B.) Amtlich wird veröffentlicht:

Russischer Kriegsschauplatz.

Nordwestlich von Nozidze versuchte Erkundungsvorstöße sowie südlich von Lobaczewka geführte russische Angriffe mißlingen völlig; 100 Mann und zwei Maschinengewehre blieben in unseren Händen. Südlich von Leszniow nahmen wir unsere Truppen vor überlegenem feindlichen Druck hinter den Soldurka-Abchnitt zurück. Sehr heftige, von starkem Artilleriefeuer vorbereitete russische Angriffe beiderseits der Bahn nächst Radziwilow brachten dem Feinde nach wechselvollem, für ihn äußerst verlustreichem Kampfe nur unwesentliche Vorteile.

An den übrigen Fronten nichts von Bedeutung.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Nach den schweren Verlusten in den letzten Kämpfen südlich der Sal Eugana unterliegen die Italiener jeden weiteren Angriff; unsere Stellungen standen jedoch noch andauernd unter feindlichem Geschützfeuer. Am 24. ds. verlor der Feind vor einem Abschnitt dieser Front allein 1200 bis 1300 Tote und Verwundete, die er nun zu bergen im Begriffe ist.

An allen übrigen Fronten ist die Lage unverändert; es kam in einigen Abschnitten zu heftigeren Geschützschüssen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

An der Bojsa Artilleriekämpfe.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:

v. Dreyer, Feldmarschalleutnant.

(10 Kilometer nordöstlich Kolomea). Oberleutnant Gussal schickte sofort eine Kompanie unter dem Fähnrich Gussal, seinem Sohn, auf die rechte Seite der Straße, um der Batterie den Rückweg abzuschneiden und ihr ein Zurückgehen auf das Dorf Turka zu verlegen. Man konnte sehen, daß die Proben in vollem Galopp der Batterie zufließen, daß die Batterie ihre letzten Geschosse verwendete, daß die Bedeckungskompanie ein ungeordnetes Feuer eröffnete, und daß die Bedienungsmannschaft in der Angst, es würde ihnen der Rückzug abgeschnitten, aus Revolvern und Karabinern

das Feuer eröffnete. Der Fähnrich Gussal selbst, an der Spitze seiner Leute, brachte seine Kompanie nach Ueberwindung verschiedener Hindernisse vorwärts, ging im Lauffschritt gegen die Straße von Turka vor und schnitt so der Batterie den Rückzug ab. Die Proben waren bereits zur Batterie gelangt, als der Fähnrich Gussal sie mit Feuer überschütten ließ und sich darauf an der Spitze seiner Kompanie mit dem Bajonett auf sie stürzte. Die Bedeckungskompanie der Batterie ergab sich nach dem Kampf mit der blanken Waffe, ebenso die Batterie. Durch diesen energischen Angriff hatte also der Fähnrich Gussal eine feindliche Batterie von 4 Geschützen zu 15 Zentimetern, samt Offizieren, Soldaten und Pferden, ebenso eine Kompanie in Stärke von 150 Mann gefangen in unsere Hand gebracht. Die Verluste der ersten Kompanie sind unbedeutend.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 25. Juli. (B. L. B.) Amtlicher Bericht. Im Laganina-Tal wachsende Tätigkeit der feindlichen Artillerie. An der Front Pissina—Utiach bemächtigten sich unsere Truppen nach heftigem Nachtkampfe am Morgen des 24. des Monte Cimone. Auf der Hochfläche von Srago unternahm der Feind in der Nacht zum 24. zwei heftige Angriffe gegen die von uns eroberten Verschanzungen beim Monte Gebio. Das 40. Veriaglieri-Bataillon (14. Regiment) warf ihn jedesmal unter schweren Verlusten für ihn zurück und bemächtigte sich durch Bajonettangriff einer anderen Verschanzung, wobei es einige Gefangene machte und ein Maschinengewehr erbeutete. Weiter nördlich erneuerten Alpenjäger ihre Anstrengungen gegen den steil abfallenden, über 2000 Meter hohen Bergwall zwischen den Spizen des Monte Chiefa und des Monte Campignoleto. Unter dem unaufhörlichen Feuer der feindlichen Maschinengewehre drangen sie in drei Hindernissen ein, und es gelang ihnen, sich kurz unterhalb des Kammes festzusetzen. In der Gegend der Pissina-Alpen dehnten die Anstrengungen des Feindes weiter das von ihnen besetzte Gelände bis zu dem kleinen Ceramona-Tal aus. Längs der übrigen Front Tätigkeit der Artillerie und Schützengrabensarbeiten, am stärksten im oberen Fella-Tal, auf den Höhen nordwestlich von Götz und in der Gegend von San Michele (Karf). Feindliche Flieger warfen in der Frühe des 24. Bomben auf San Giorgio di Rogaro und andere Ortschaften am unteren Pinzo. Personen fielen dem Angriff nicht zum Opfer, ein Haus wurde in Brand gesetzt. Cadorna.

Die türkische Hauptquartiersmeldung.

Konstantinopel, 25. Juli. (B. L. B.) Bericht des Hauptquartiers.

An der Front keine Veränderung. An der persischen Front ist die Lage östlich von Kermanschah unverändert. Die aus Nebanduz nach Osten vertriebenen russischen Streitkräfte wurden über die Grenze zurückgedrängt. Im Kaukasus wurden am rechten Flügel Ueberfälle auf unsere Patrouillen, die von feindlichen Abteilungen versucht wurden, abgewiesen. Unsere Truppen machten erfolgreiche Gegenangriffe auf feindliche Patrouillen. Im Zentrum und auf dem linken Flügel antworteten unsere Truppen energisch auf Angriffe feindlicher Erkundungsabteilungen. Einige feindliche Flieger, die Sebd ul Fahr überflogen, und ein Monitor in der Umgegend von Fotscha wurden versenkt.

An der ägyptischen Front westlich von Katia verjagten unsere gegen den Kanal vorgeschobenen Patrouillen feindliche Kavallerieabteilungen und fügten ihnen Verluste zu. Die Kopfbedeckungen der Getöteten beweisen, daß die den Kampf aufnehmenden feindlichen Truppen Australier sind.

Verschärfung der Disziplinarordnung.

Durch eine kaiserliche Verordnung sind die Bestimmungen über absolute und relative Kriegsfonterbehalte sowie über die Beschlagnahme derselben neu geregelt worden. Diese Neuregelung stellt eine Vergeltungsmäßnahme gegen England dar, das auch seinerseits das Seekriegsrecht einseitig abgeändert hat. Zunächst tritt eine wesentliche Erweiterung der Gegenstände ein, die als absolute Kriegsfonterbehalte erachtet werden. Es wurden hinzugefügt: Glas, Honig, Zute, Wolle, Baumwolle, Gold und Silber, Kautschuk, Mineralöle, Schmierstoffe, Gerbstoffe, Häute, Aluminium, Antimon, Feldspat und eine Reihe von Metallen. Der Kreis der Gegenstände, die bisher als relative Kriegsfonterbehalte angesehen wurden, hat damit eine Verminderung erfahren. Die Voraussetzungen, unter denen die Beschlagnahme zulässig ist, sind wesentlich erweitert worden. Bisher konnten solche Waren nur beschlagnahmt werden, wenn sie in einem feindlichen Hafen zur Ausladung oder für Ablieferung an die feindliche Streitmacht bestimmt waren. Die neuen Bestimmungen besagen nun:

„Ohne Rücksicht auf den Bestimmungsort ist, sofern die Umstände dem nicht widersprechen, die feindliche Bestimmung der Ware anzunehmen, wenn die Sendung gerichtet ist:

- a) unmittelbar oder mittelbar an eine feindliche Behörde oder den Agenten einer solchen oder
- b) an Order oder an einen aus den Schiffspapieren nicht ersichtlichen Empfänger oder unmittelbar oder mittelbar an eine Person, die sich im feindlichen oder vom Feinde besetzten Gebiet aufhält oder während des gegenwärtigen Krieges Konterbehalte nach dem feindlichen oder vom Feinde besetzten Gebiet oder an eine feindliche Behörde oder den Agenten einer solchen unmittelbar oder mittelbar geliefert hat.“

Eine österreichische Zirkularnote.

Wien, 25. Juli. (Meldung des Wiener K. K. Telegraphen-Bureau.) Das Ministerium des Äußern richtete an die am Wiener Hofe beglaubigten diplomatischen Vertreter der verbündeten und der neutralen Mächte eine Zirkularverbalnote, die folgendermaßen lautet:

Wien, 12. Juli 1916. Mit der Zirkularverbalnote Nr. 2328 vom 15. Mai 1916 hatte das österreichisch-ungarische Ministerium des Äußern bei den verbündeten und neutralen Regierungen durch Vermittlung ihrer bei Seiner K. und K. Apostolischen Majestät beglaubigten Vertreter gegen die Torpedierung der Dampfer „Daniel Erno“, „Jagreb“ und „Dubrovnik“ Protest erhoben. Seither unternahmen Unterseeboote, die feindlichen Streitkräften angehören, zwei ähnliche und ebenso wenig zu rechtfertigende Angriffe, wie sich aus folgenden mit Sicherheit festgestellten und von Augenzeugen eidlich bestätigten Tatsachen ergibt: Am 1. Juni 1916 fuhr der Dampfer „Biolovo“ der Schiffsahrtsgesellschaft Dalmatia, ein altes, 35 Jahr zählendes Schiff von 89,4 Meter Länge und 220 Tonnen Gehalt, von Zara nach Spalato. Der Dampfer führte keine Fracht, er hatte elf Mann Besatzung und eine Frau an Bord, die nach Spalato reiste. Es versteht sich, daß das Fahrzeug weder bewaffnet war, noch Truppen transportieren konnte. Gegen 10 Uhr vormittags in der Nähe des Kap Balanka bemerkten der Kapitän und zwei Mann, die auf der Brücke standen, im Meer einen Schaumstreifen, der sich rasch dem Dampfer näherte, und sahen kurz darauf unter Wasser einen grauen Torpedo ungefähr vier Meter vor dem Bug des Schiffes vorbeilaufen. Kaum zwei Minuten nach diesem

Schiff feuerte ein untergeordnetes Unterseeboot, dessen Periscope in einer Entfernung von 600 bis 700 Meter gesichtet wurde, einen zweiten Torpedo gegen das Schiff ab. Dank einem geschickten Manövrier des Schiffes verfehlte auch dieses Geschoss sein Ziel und ging zwei Meter entfernt an Steuerbord vorbei. Darauf verfolgte das Unterseeboot den Dampfer, der sich indes durch Einschlagen eines Hinterdeckes retten konnte. Nach etwa 6 Minuten Jogh verschwand das Tauchboot. Dieser heimtückische Angriff auf einen kleinen Dampfer, der nur zur Beförderung des Lokalverkehrs dienen kann, vermag in keiner Weise gerechtfertigt zu werden.

Am 4. Juni 1918 wurde der Dampfer „Albanien“ des Oesterreichischen Lloyd gegen 5 Uhr 45 Minuten morgens bei der Insel Dorsin, ebenfalls ohne jede vorherige Warnung, binnen wenigen Sekunden zweimal von einem feindlichen Unterseeboot torpediert. Beide Male an Steuerbord getroffen, sank die „Albanien“ nach zehn Minuten. Drei Mann der Besatzung kamen dabei um, während die anderen in zwei Rettungsbooten zu entkommen vermochten. Unmittelbar nachdem die Explosionen stattgefunden hatten, bemerkte man in einer Entfernung von einigen Hundert Metern das Periscope eines Tauchbootes, das in dem Augenblick wieder verschwand, als die „Albanien“ unterging. Dieses Tauchboot gehört offenbar der italienischen Kriegsflotte, wie aus einer Notiz der Agenzia Stefani hervorgeht, wonach eine italienische Einheit am 4. Juni Vormittags nahe der dalmatischen Küste einen feindlichen Handelsdampfer torpedierte. Das ausschließlich für den Lokalverkehr bestimmte Schiff „Albanien“ war 68 Meter lang und hatte 1122 Tonnen Gehalt. An Bord befanden sich im Augenblick der Torpedierung 26 Personen, darunter zwei Rohkräfte. Es war weder bewaffnet noch führte es Kriegsmaterial. Die R. und S. Regierung protestiert auf das entschiedenste gegen diese neuerlichen verbrecherischen Angriffe, die eine Wiederholung der feigen und verabscheuungswürdigen Attentate darstellen, deren sich die feindlichen Flotten während des jetzigen Krieges ohne Unterlaß schuldig machen. Die Besatzung (Gesandtschaft) wird gebeten, vorstehendes zur Kenntnis ihrer Regierung bringen zu wollen.

Die holländischen Fischer gegen England.

Haag, 26. Juli. (W. Z. B.) In einer stark besuchten Versammlung niederländischer Fischereizinteressenten teilte der Vorsitzende mit, daß die niederländische Regierung gegen die Eingriffe Englands in die niederländische Fischerei kräftig protestiert habe. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, worin gegen das Vorgehen der britischen Regierung, das gegen das Völkerrecht und die Rechte eines neutralen Staates verstoße, energig protestiert und die Erwartung ausgesprochen wird, daß England, das verschiedentlich erklärt habe, den Krieg hauptsächlich für das gute Recht der kleinen Staaten zu führen, sein Vorgehen ändert und die niederländische Fischerei ihren Betrieb wieder ausüben lassen wird. Diese Resolution wird zur Kenntnis der niederländischen und der britischen Regierung gebracht werden.

Die sozialdemokratische Kammerfraktion beabsichtigt, noch diese Woche eine Interpellation wegen der Anhaltung niederländischer Fischerfahrzeuge durch die britische Regierung einzubringen.

Eine Deputation von sozialdemokratischen Mitgliedern der Zweiten Kammer, begleitet von dem Sekretär der niederländischen Seemannsvereinigung Volharding und einem Vertreter des Zentralverbandes der Hafenarbeiter, beriet heute mit dem Minister des Aeußeren über die Anhaltung niederländischer Fischerfahrzeuge durch England. Nachher fand eine Versammlung der sozialdemokratischen Kammerfraktion statt.

Dem Verband christlicher Seelsleute wurde von dem englischen Gesandten mitgeteilt, daß er bereit sei, die Adresse des Verbandes dem Staatssekretär des Aeußeren Lord Grey zu übermitteln, wenn daraus der Satz weggelassen würde, daß die englische Regierung sich in dieser Sache einer groben Rechtsverletzung schuldig macht. Der Verband hat diesem Wunsch des Gesandten Folge geleistet.

Portugal eignet sich die beschlagnahmten deutschen Schiffe an.

Lissabon, 25. Juli. (W. Z. B.) Die „Reue Zürcher Zeitung“ meldet: Die portugiesische Regierung hat 63 von den beschlagnahmten deutschen Handelschiffen endgültig in Besitz genommen und ihnen portugiesische Namen gegeben.

Ein Brief von Branting.

Die „Humanité“ vom 19. Juli veröffentlicht folgenden Brief, den der schwedische Genosse Hjalmar Branting am 6. Juli an Renaudel gerichtet hat:

„Ich lese im „Labour Leader“, daß man mich, zusammen mit Mac Donald u. a., als Mitarbeiter an einer neuen Wochenschrift angezeigt hat, die in Paris erscheinen soll, um die Ansichten der Opposition in der französischen sozialistischen Partei zu verteidigen.

Als man mich im vergangenen Winter auf die Liste der Mitarbeiter einer sozialistischen Revue legte, deren Leitung Longueuil übernehmen würde, wollte ich kein Dementi veröffentlichen, obwohl ich nie in dieser Angelegenheit befragt worden bin. Die Zeitschrift, die jetzt vorbereitet wird, bezeichnet sich offen als Organ der Opposition im Schoße der Partei. Da ich meinerseits die Richtlinien der Politik der „Humanité“ vom Standpunkt der Internationale unanfechtbar (irreprochable) finde und im eigenen Lande selber einen ungewissen Kampf gegen die mehr oder minder offen hervortretenden Tendenzen der Zimmerwälder führe, habe ich keine Veranlassung, auf jene Seite zu treten, und ich darf hinzufügen, daß niemand meine Erlaubnis eingeholt hat, um von meinem Namen Gebrauch zu machen.“

Dieser Brief des Genossen Branting fordert zu einigen Bemerkungen heraus. Es liegt natürlich im persönlichen Ermessen des Genossen Branting, gegen die Anführung seines Namens in der voranstehenden Mitarbeiterliste eines Organs Einspruch zu erheben, dessen Richtung ihm nicht zusagt. Die Form jedoch, in die er seinen Einspruch kleidet, trägt den Charakter einer demonstrativen Bräufierung nicht nur der französischen Arbeiter, sondern auch der Arbeiter in den anderen kriegführenden Ländern. Wir wissen außer der kurzen Anknüpfung im „Labour Leader“ nichts über den Charakter der geplanten Pariser Zeitschrift. Allein aus der angekündigten Mitarbeiterliste geht hervor, daß diese Zeitschrift sich u. a. die Herausführung einer Verständigung der sozialistischen Parteien der kriegführenden Länder zur Aufgabe setzt, und zwar auf dem Boden der „Minderheits“-Politik, weil die Politik der „Mehrheiten“ sich überall als Hemmnis der internationalen Verständigung erwiesen hat. Genosse Branting ist während des Krieges mehrfach für eine solche Verständigung eingetreten. Wo es aber gilt von Worten zu Taten überzugehen, kapituliert er vor den Verhältnissen genau so wie die „Mehrheiten“ in den kriegführenden Ländern. Ja, er stützt sogar noch — und zwar am Ende des zweiten Kriegsjahres! — den unveröhnlichen Geist, der im eigenen Lande mehr und mehr an Boden verlierenden französischen „Mehrheit“, indem er sich ausdrücklich mit den „Richtlinien der Politik

der „Humanité“ solidarisch erklärt und noch besonders hervorhebt, daß er im eigenen Lande einen unterhüllten Kampf gegen die Zimmerwälder Tendenzen führt. Das eine ist hierbei freilich die Konsequenz des anderen. Ob aber eine solche Haltung Brantings nach innen wie nach außen hin dem Erstarken des sozialistischen Geistes und dem Wiederaufbau der Internationale förderlich ist, müssen wir, bei aller Berücksichtigung der Verschiedenheiten in der Lage der einzelnen sozialistischen Parteien, ganz entschieden bezweifeln.

Französische Parlamentskontrolle bei der Armee.

Paris, 25. Juli. (W. Z. B.) Meldung der Agence Havas. Kammer. Nach einer Rede des Ministerpräsidenten Briand, der die Erörterungen über die Vorschläge für die Kontrolle des Parlaments bei den Armeen zusammenfaßte und sich für die Zusammenarbeit des Parlaments und der Regierung, beider innerhalb ihrer verfassungsmäßigen Befugnisse, einsetzte, hat die Kammer die ersten Artikel eines vermittelnden Entwurfes des Heeresauschusses angenommen; danach wird eine Abordnung von dreißig Parlamentsmitgliedern eingesetzt, welche alle drei Monate auf Vorschlag der Hauptauschüsse von den Kammern gewählt und mit Ausübung der Kontrolle an Ort und Stelle bei der Armee beauftragt werden; die Regierung wird sie fördern in der Voraussetzung, daß sie sich in Entwurf, Leitung und Ausführung der Kriegshandlungen nicht einmischen.

Die Kammer beschloß weiterhin, die dreißig Delegierten auf Grund einer Liste mit doppelt so viel Namen zu wählen, die von den Ausschüssen für das Heer, für den Staatshaushalt, für die Marine und für Gesundheitspflege aufgestellt werden soll; im Heeresdienst stehende Abgeordnete sollen nicht wählbar sein. Der Berichterstatter Lardieu beantragte darauf Zurückverweisung des Entwurfs an den Heeresauschuß zu einer weiteren Lesung; Briand unterstützte den Antrag, der sodann mit 449 gegen 6 Stimmen angenommen wurde.

Fortdauer der irischen Krise.

Rotterdam, 26. Juli. (W. Z. B.) „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Der irische Ausgleich, von dem man so viel erwartet hat, ist als mißglückt zu betrachten. Es besteht auch wenig Aussicht, daß ein Abkommen auf einer neuen Grundlage zustande kommen wird. Die Stellung der Koalitionsregierung, vor allem die Asquiths und Lloyd Georges, hat dadurch eine neuerliche Erschütterung erfahren. Der parlamentarische Korrespondent der „Daily News“, Nicholson, schreibt: Es wird öffentlich behauptet, daß infolge der irischen Krise Lloyd George seine Entlassung als Minister angeboten habe. Wie verlautet, beabsichtigt Asquith in diesem Falle auch zurückzutreten. Augenblicklich steht das noch nicht zur Ermägung, aber sicher ist, daß die Stellung des Koalitionsministeriums durch die gestrige Debatte nichts weniger als gestärkt wurde.

London, 24. Juli. (W. Z. B.) Unterhaus. Redmond fragte Asquith, ob die Regierung beschloßen habe, an den Abmachungen, die Lloyd George mit den beiden irischen Parteien getroffen hatte, Änderungen vorzunehmen und in den Gesetzentwurf neue Vorschläge aufzunehmen, die von jenen Abmachungen abwichen, ohne daß die nationalistische Partei zu Rate gezogen worden sei. Redmond fragte weiter, ob Asquith verständigt worden sei, daß die irischen Parteien jede Bill, die jene Abmachungen verletzte, energig bekämpfen würden. Asquith verlas darauf eine lange Erklärung, die Redmond nicht befriedigte. Er beantragte die Vertagung des Hauses, um eine sofortige Debatte über die irische Frage möglich zu machen. Der Antrag wurde von allen Nationalisten und vielen Radikalen unterstützt.

In der Debatte gab Redmond eine Geschichte der Verhandlungen zwischen Lloyd George. Er sagte: Zu den grundlegenden Forderungen der Nationalisten gehörten die beiden Punkte: Erstens, daß der Ausschluß der sechs protestantischen Grasschaften von Ulster nur vorläufig sein sollte, und zweitens, daß für die Uebergangszeit Irland in voller Stärke wie bisher im Unterhaus vertreten sein müßte. Das wäre als Bürgschaft für die schließliche Durchführung von Home Rule unerlässlich. Ein Ausgleich auf dieser Grundlage schien erreicht, als Lord Lansdowne im Unterhaus neue Forderungen der irischen Unionisten aufstellte, wogegen Redmond sofort Einspruch erhob. Von den weiteren Beratungen des Kabinetts wurde Redmond, dem der erste Gesetzentwurf vorgelegt worden war, nicht mehr unterrichtet. Erst am letzten Sonntag erfuhr er von Lloyd George, daß der neue Entwurf der Bill den dauernden Ausschluß der sechs Grasschaften festsetzte und daß ferner die parlamentarische Vertretung Irlands im Unterhaus in der bisherigen Stärke nur bis zu den nächsten allgemeinen Wahlen fortzuhalten würde. Redmond erklärte, daß er diese Bill auf das entschiedenste bekämpfen würde. Lloyd George, der dieselbe von Dillon unterbrochen wurde, sagte, alle Unionisten im Kabinet hätten verlangt, daß die bisherige Vertretung Irlands im Parlament nur bis zu den nächsten Wahlen fortzuhalten dürfte, da es sonst von den irischen Parteien abhängen könnte, ob das nächste Ministerium ein liberales oder ein unionistisches sein würde. Wenn die Nationalisten eine solche Bill bekämpfen sollten, so hätte es allerdings keinen Zweck, wenn die Regierung die Bill überhaupt einbrächte.

London, 25. Juli. (W. Z. B.) „Daily Mail“ schreibt im Leitartikel: Was gestern im Unterhaus vor sich ging, bedeutet aller Wahrscheinlichkeit nach das Ende von Lloyd Georges Ausgleichversuch in der irischen Frage. Die Regierung hat in vielen Fragen eine große Verwirrung angerichtet, aber nirgends so glänzend wie hier. Das Blatt meint, daß die Regierung sich in eine sehr gefährliche Lage gebracht habe.

Die „Times“ hofft, daß noch in erster Stunde ein Wunder geschehen möchte. „Daily Chronicle“ sagt: Die Regierung hat es sich durch die Art, wie sie vor den Unionisten kapituliert hat, unmöglich gemacht, wieder zu der Form des Ausgleichs zurückzukehren, die sie aufgegeben hatte. Wenn ein Weg gefunden werden soll, so muß es ein neuer Weg sein. Die Aussichten sind mindestens nicht hoffnungsvoll. Das Blatt sagt: Wenn der Zwischenfall nicht beseitigt wird, so wird er den Kredit britischer Staatskunst überall und nicht zum wenigsten bei den Dominions verringern. Es war ein rein politisches Problem, eine seltene Gelegenheit, es zu lösen und eine vollständige Unfähigkeit, diese Gelegenheit zu benutzen.

Casements Hinrichtung angesetzt?

London, 25. Juli. (W. Z. B.) Die „Daily Mail“ berichtet, sind die Verteidiger Casements verurteilt worden, daß seine Hinrichtung am 3. August im Gefängnis von Pentonville stattfinden wird.

Dockerstreik in Manchester.

Die Docker des Manchester Ship Canal, mit den Gelegenheitsarbeitern zusammen 4000 Mann, sind am 14. Juli in den Streik getreten. Die Ursache ist eine Lohnforderung. Die Arbeiter forderten eine Erhöhung des Stundenlohnes um 1 Penny, die Unternehmung wollte nur einen halben bewilligen. Der Lägermeister schlug ein Ausgleichsverfahren vor, während dessen die Arbeit fortgesetzt werden sollte. Die Arbeiter nahmen das Ausgleichsverfahren an, stellten aber entgegen dem Rat der Verhandlungsleiter die Arbeit ein. Auch die Docker anderer Kanalunternehmungen haben sich ihnen angeschlossen.

Deutscher Vorschuß für die Türkei.

Konstantinopel, 25. Juli. (W. Z. B.) Das Amtsblatt veröffentlicht eine Gesetzesverordnung, durch die die Regierung ermächtigt wird, in Deutschland einen Vorschuß von 2 359 000 Pfund (1 türkisches Pfund = 18,44 Mark), abzuschließen, wodurch der Betrag des dritten Vorschusses auf 9 539 000 Pfund gebracht werden soll. Der Gegenwert für den neuen Vorschuß wird von der deutschen Regierung in deutschen Schatzanweisungen hinterlegt werden, gegen die die türkische Regierung in dem Betrage, den sie für notwendig erachtet wird, unter denselben Bedingungen wie bei den früheren Vorschüssen Kassenscheine wird ausgeben können.

Der griechische Wahlkampf.

Amsterdam, 26. Juli. (X. N.) Aus Athen wird gemeldet: Der Wahlkampf ist hier in vollem Gange und wird in allerbestmöglicher Weise geführt. Die Anhänger des ehemaligen Ministerpräsidenten Venizelos und der Entente propagandieren mit aller Macht und mit allen Mitteln für Venizelos. Flugblätter, in denen die Politik der Regierung in schärfster Weise angegriffen wird, werden bis in die kleinsten Dörfer getragen und verteilt. General Danglis, der im Kabinet Venizelos das Amt des Kriegsministers inne hatte, ist an die Spitze eines Referendumvereins getreten, unter dessen Leitung Vorträge durch das ganze Land gehalten werden. Die Presse beider Parteien veröffentlicht täglich lange Leitartikel, in denen eine sehr heftige Sprache geführt wird.

Amerika kauft Dänisch-Westindien.

Washington, 25. Juli. (W. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Amtlich wird bekannt gegeben: Die Vereinigten Staaten haben Dänisch-Westindien für 5 Millionen Pfund Sterling gekauft.

Brasilien's Haltung.

Berlin, 26. Juli. (W. Z. B.) Das Reutersche Bureau hat vor einigen Tagen aus Rio de Janeiro eine Meldung gebracht, daß das Abgeordnetenhaus beschloßen habe, die in Argentinien gehaltenen Rede des brasilianischen Gesandten Ruy Barbosa, in der sich Angriffe gegen Deutschland befanden hätten, in den offiziellen Kammerberichten mit aufzunehmen. Daran werden Vermutungen über eine veränderte Stellungnahme Brasiliens zum Kriege geknüpft.

Dieser Neuherungen gegenüber ist festzustellen, daß nach Mitteilung der brasilianischen Regierung an den Kaiserlichen Gesandten in Rio de Janeiro Barbosa nicht in amtlicher Eigenschaft gesprochen hat und daß seine Ansichten keineswegs von der Regierung geteilt werden. Der Beschluß des brasilianischen Parlaments über die Rede Barbosas ist übrigens durch Havas und Reuters tendenziös eingestellt worden. Die Kammern haben keineswegs die von dem Redner bestrichene Forderung der Neutralität Brasiliens gebilligt, sondern lediglich als Kompliment für den sehr beliebten Herru Barbosa, der ein bekannter Schmeichler ist, die Veröffentlichung seiner Rede im Parlamentsjournal beschloßen.

Kriegsbekanntmachungen.

Besuch der in der Schweiz internierten Kriegs- und Zivilgefangenen.

Berlin, 26. Juli. (W. Z. B.) Den Angehörigen der in der Schweiz internierten deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen ist es ebenso wie den der internierten deutschen Kriegsteilnehmer jederzeit gestattet, zu ihrem Besuche dorthin zu reisen. Als Ausweis für die Reise ist ein Auslandspaß nach der Kaiserlichen Bahnerordnung vom 21. Juni 1918 erforderlich. Die Angehörigen (Eltern, Kinder, Geschwister, Ehefrau und Verlobte) der Internierten werden auf den deutschen Staatsbahnen in der 2., 3. und 4. Wagenklasse zum halben Fahrpreis befördert. Die Fahrkarten werden von den Fahrkartenausgaben auf Grund des vorgelegten Ausweises der Ortspolizeibehörde verabfolgt, der den Namen des Reisenden, Anfang und Endstation der Reise, Reisepass und die mit Stempel und Unterschrift der Ortspolizeibehörde versehenen Bescheinigung enthalten muß, daß die Reisenden Angehörige in der Schweiz internierter deutscher Kriegs- und Zivilgefangener sind. Auch entferntere Verwandte erlangen diese Fahrpreisermäßigung, wenn der Ausweis die polizeiliche Bescheinigung enthält, daß die nächsten Angehörigen nicht mehr leben oder aus Alters-, Gesundheits- oder ähnlichen Rücksichten nicht reisefähig sind.

Letzte Nachrichten.

Deutsch-österreichische wirtschaftspolitische Verhandlungen.

Wien, 26. Juli. (W. Z. B.) Meldung des Wiener I. u. I. Telegr.-Korresp.-Bureaus. Die am 21. Juli wieder aufgenommenen Beratungen mit den Vertretern der deutschen Regierung über Zoll- und wirtschaftspolitische Fragen sind gestern zu einem vorläufigen Abschluß gelangt und haben eine erfreuliche Uebereinstimmung in den beiderseitigen Standpunkten herbeigeführt. Im Anschluß an diese Verhandlungen fand heute eine von der ungarischen Regierung veranstaltete gemeinsame Fahrt sämtlicher deutschen und hiesigen Delegierten auf der Donau nach Budapest statt. An ihr nahm auch der deutsche Völkischer von Tschirsky und Wögdendorf teil.

Ein Schweizer Urteil über die Somme-Schlacht.

Bern, 26. Juli. (W. Z. B.) Die Schlacht an der Somme, die aus Einzelkämpfen hervorgegangen ist, hat, sagt der „Bund“ in einer Erörterung der Kriegslage, den Charakter einer großen Durchbruchschlacht angenommen. Sie ist eine Angriffsschlacht großen Stiles, wie sie von den Engländern noch nie gefolgt worden ist. Sie ist eine der gewaltigsten Schlächte dieses schlagienreichen Krieges. In unzähligen Wellen folgten sich diese Infanteriestürme, die nach den tatsächlichen Verhältnissen mit den schwersten Verlusten verbunden gewesen sein müssen. Wie es scheint, wählte sich die englische Führung des schließlichen Erfolges sicher, denn sie warf sogar Kavallerie ins Feuer, was durchaus verfrucht war. Was erreicht worden ist, sind taktische Teilerfolge, die von Entschlossenheit und Tapferkeit von Engländern und Franzosen Kunde geben, aber die strategische Auswirkung vermissen lassen. Ein Durchbrechen der deutschen Stellungen ist auch diesmal nicht geglückt. Wiederum hat sich die unzerstörbare lebendige Kraft der deutschen Verteidigung geoffenbart, die sich nicht auf starres Festhalten beschränkt, sondern zu Gegenangriffen vorbrach und auf diese Weise die Auswirkung der Anfangserfolge des Gegners unterband. Es ist klar, daß die Schlacht nicht abgeschlossen ist, daß die Angreifer sie erneuern müssen, wenn sie nicht die Offensive als endgültig gescheitert betrachten wollen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Aus dem Kriegsauswurf für die Metallbetriebe Groß-Berlins.

Der Schlosser L. bei der Firma B. verlangt die Ausstellung des Kriegsscheins, weil er bei Affordarbeit keinen richtig ausgefertigten Affordzettel erhält. Da er nur 80 Pf. Ausschlagslohn hat, glaubt er, daß sein Verdienst bei der betreffenden Arbeit auch im Afford nicht erhöht wird. Die Firma erklärt sich bereit, den Ausschlagslohn von 80 Pf. auf 1,04 M. zu erhöhen. Damit ist der Schlosser L. einverstanden und arbeitet weiter.

Der Betriebschlosser Sch. von der A. G. in Spandau beantragt den Kriegsschein, weil er mit dem Lohn von 85 Pf. nicht auskommen kann. Sch. ist verheiratet und hat seine Familie auswärts wohnen. Der Kriegsauswurf sieht das Verlangen des Sch. als berechtigt an und erklärt sich auch die Firma bereit, Zulage zu gewähren. Aber erst müsse doch Sch. die Zulage beantragen, was bisher nicht geschehen sei. Sch. wird aufgegebener, an die Firma wegen einer Zulage heranzutreten, und dürfte sicherlich eine Verständigung erfolgen.

16 im Werkzeugbau der Firma A. u. Co., Charlottenburg, beschäftigte Metallarbeiter verlangen die Ausstellung des Kriegsscheins, weil die Firma die verlangte Erhöhung der Löhne abgelehnt hat. Es wird durchweg im Lohn gearbeitet. Die Firma hat erst vor einigen Wochen eine Lohnzulage von 5 Proz. bewilligt und will deshalb eine weitere Erhöhung der Löhne sofort nicht eintreten lassen. Da die Tätigkeit der Arbeiter und auch ihre Löhne sehr verschieden sind, ist der Kriegsauswurf der Auffassung, daß eine allgemeine Regelung so nicht erfolgen kann. Die Sache wird zur erneuten Verhandlung an den Betrieb zurückverwiesen, nachdem die Firma sich bereit erklärt, über Lohnerrhöhungen mit den Arbeitern im einzelnen zu verhandeln.

Der Dreher R. von der Firma B. in Tegel beantragt den Kriegsschein, weil er wegen einer Kniegelenkentzündung die Kastschicht nicht aushalten kann. Die Firma erklärt sich bereit, vorübergehend R. in Tagelohn zu lassen, und zwar so, daß R. drei Wochen hintereinander Tagelohn arbeitet. Damit ist R. einverstanden.

Der Werkzeugmacher L. von J. u. Co. in Charlottenburg verlangt den Kriegsschein, weil ihm der Lohn von 1,40 M. zu gering ist. L. ist erst seit dem 12. Juli bei der Firma beschäftigt und hat sich mit einem Einstellungslohn von 1,30 M. einverstanden erklärt. Inzwischen hat er schon 10 Pf. Zulage erhalten. L. wird mit seinem Antrage abgewiesen. Der Kriegsauswurf steht auf dem Standpunkt, L. hätte nicht für 1,30 M. anfangen brauchen, wenn ihm der Lohn zu gering war. Da die Firma übrigens in der kurzen Zeit schon 10 Pf. Zulage gegeben hat, liegt zur Erteilung eines Kriegsscheins kein Anlaß vor.

Der Dreher M. bei der Sch. u. D., Baumschulweg, verlangt den Kriegsschein, weil er die lange Fahrt nicht aushalten kann. Der Betrieb war früher in der Nähe der Wohnung des M., in Roabit. M. hat bei der Firma gelernt und schon ein Jahr als Geselle gearbeitet. Die eigentliche Ursache soll Krankheit sein, und deshalb ist die Firma damit einverstanden, daß M. einen Kriegsschein erhält, wenn er ein ärztliches Attest beibringt. Damit ist die Sache erledigt.

Lohnbewegung in der Schraubenbranche.

Die Leitung der Schraubenbranche erstattete in einer Mitglieder-berufung Bericht vom letzten Jahre. 272 Sitzungen und Versammlungen haben stattgefunden. Es mußte infolge der steigenden Teuerung auf die Lohnverbesserung der Mitglieder hingewirkt, zum Teil sogar Lohnverschlechterungen abgewehrt werden. In einer Reihe von Betrieben ist es denn auch gelungen, Erhöhungen der Löhne durchzusetzen. Angesichts der jetzigen Verhältnisse war dies eine dringende Notwendigkeit, besonders bezüglich der Frauenlöhne. Der

Krieg hat es bewirkt, daß auch in dieser Branche die Frauennarbeit in beträchtlichem Maße eingezogen ist, und da die Bezahlung der Frauen und Mädchen viel zu wünschen übrig läßt, so ist hier eine Lohnaufbesserung in erster Linie geboten. In den Betrieben, die sich bis jetzt einer Lohnaufbesserung gegenüber ablehnend verhalten, muß nun alles versucht werden, daß auch hier eine Zulage erfolgt. Eine Begründung erübrigt sich in der jetzigen Zeit. Durch Ueberarbeit seine Lage zu verbessern, wie es seitens mancher Arbeiter geschieht, ist grundverkehrt und geschieht auf Kosten der Gesundheit der Betroffenen. Ueberhaupt wurde gegen das Ueberstunden-unweisen scharf Stellung genommen. Im übrigen beschloß die Versammlung, die Gesamtlohnbewegung als beendet anzusehen.

Teuerungszulagen für die Sargtischler.

Die Berliner Sargtischler haben bei ihren Bestrebungen auf Erlangung von Teuerungszulagen gute Erfolge erzielt. In einer Brandenburger Versammlung derselben wurde festgestellt, daß in vielen Betrieben die Kollegen bis zu 45 Proz. bewilligt erhielten. Man kann sagen, daß die Meister der Sargbranche teils durch soziales Verständnis, teils durch die Knappheit der Leute bewogen wurden, Zugeständnisse zu machen. Leider mußte aber die Versammlung auch feststellen, daß es noch einen Teil Kollegen gibt, die es nicht für nötig hielten, an ihre Arbeitgeber heran zu treten. Die Versammlung sprach die Erwartung aus, daß die Kollegen das Versäumte so schnell wie möglich nachholen, damit auch sie, entsprechend der großen Teuerung, einigermaßen auskömmliche Löhne erhalten.

Deutsches Reich.

Berichtigung. In dem Bericht über die Reichskonferenz der Textilarbeiter muß es in der Resolution unter 2 heißen: Wegfall von Anrechnungen usw. nicht Anordnungen.

Ausland.

Die Frau als Gewerkschaftlerin.

Ueber dieses Thema läßt sich nach der „Internationalen Gewerkschaftskorrespondenz“ die „Arbeiterzeitung“ in Los Angeles in folgender Weise aus:

Die organisierten Arbeiterinnen sind die eifrigsten und begeisterteren Gewerkschaftler und machen sich am meisten um den Erfolg der erzieherischen Wirksamkeit der Gewerkschaften verdient.

Keine Einzelheiten scheinen ihnen zu entgehen, ob es nun die Arbeitsbedingungen sind, ob Lohnverträge, die Vereinsstatuten oder der geschäftliche Vorteil des Arbeitgebers.

Die weiblichen Delegierten des Buchdrucker-Gewerkschaftsrates gehören zu den tätigsten Mitgliedern, deren weise Rat- und Vorschläge, tatkräftiges Handeln, Rücksicht auf den Kameraden und lobenswertes Interesse an dem allgemeinen Fortschritt des Druckergewerbes, sowohl vom Standpunkt des Arbeitgebers wie „nehmers“, die höchste Anerkennung verdienen.

Es ist nur schade, fährt die Zeitung fort, daß die Organisation der Frauen eine so beschränkte ist. Könnte sie auf alle Arbeiterinnen ausgebeutet werden, so würde für die jetzt den Ausbeutungen und Rücksichtslosigkeiten der Arbeitgeber ausgesetzten industriell tätigen Frauen ein neues Leben beginnen. Wir könnten dann in unseren Reihen eine Armee von Mädchen und Frauen willkommen heißen und der Vorteil würde ein gegenseitiger sein.

Aus Industrie und Handel.

Die Suez-Kanal-Gesellschaft.

Der Geschäftsbericht der Suez-Kanal-Gesellschaft für das Jahr 1915 betont, laut „Economist“, daß die Einnahmen trotz des regelmäßigen Verkehrs in Truppentransporten sowie Kriegsmaterial- und Nahrungsmittelverschieffungen um fast 24 Proz. gefallen sind. Nur der im Jahre vorher beschlossene Vortrag gestattet die Verbeibaltung des Dividendenjahres und einen Vortrag von

11,5 Mil. Frank für 1917 (gegenüber nicht ganz sieben für 1915). Die Ausgaben sind trotz des verminderten Verkehrs und gemachter Ersparnisse wegen der Preissteigerung aller Betriebsstoffe, insbesondere der Kohle, kaum vermindert.

Der Verkehr hat sich 1915 gegenüber um 28,8 Proz. vermindert; im Jahre 1918 betrug der Anteil der Deutschen, österreichischen und türkischen Flagge 21,16 Proz. Trotz der Durchfahrt von 119 812 Militärpersonen betrug die Abnahme des Passagierverkehrs 72 000 Köpfe gegenüber 1914, wovon ein Teil auf die Unterdrückung der Pilgerfahrten nach Mekka (22 000 Passagieren im Jahre 1918) entfällt.

Die Bauarbeiten an der Mole westlich des Kanaleingangs bei Port Said sind fortgesetzt, aber Ende November unterbrochen worden, weil sich die künstlichen Felsen nicht mehr herstellen ließen.

Die Kanalgesellschaft hat noch enger als bisher mit den Marine- und Militärbehörden zusammengearbeitet, die die Verteidigung des Kanals organisiert haben. Alle Anschläge gegen den Kanal sind fehlgeschlagen. Nach der endgültigen Niederlage mehrerer tausend Türken hat sich der Feind mehrere Monate auf Wienlegen beschränkt; nur in einem Falle kam es zu einem unbedeutenden Unfall. Der Verkehr hat dadurch trotz einiger Beschränkungen nicht gelitten. Der für den Winter erwartete neue Angriff ist ausgeblieben.

Laut „Revue economique et financiere“ vom 8. 7. betragen die Einnahmen des Suezkanalunternehmens im ersten Halbjahr 1916 nur 39 610 000 Frank gegen 44 200 000 Frank der gleichen Periode des Vorjahres. Die Verwaltung hat angesichts dieses Umstandes beschlossen, eine weitere Erhöhung des Frachttages eintreten zu lassen und zwar 59 Centimes pro Tonne.

Der englische Außenhandel im Juni und im ersten Halbjahr 1916.

Der „Economist“ vom 15. Juli bringt zur Beleuchtung der Zahlen des englischen Außenhandels im Juni folgende Vergleichsübersichten in Pfund Sterling:

| | Juni 1915 | Juni 1916 | Proz. |
|-------------------------|------------|------------|--------|
| Einfuhr | 76 008 000 | 87 088 300 | + 14,5 |
| Ausfuhr | 33 233 600 | 47 274 600 | + 42,5 |
| Wiederausfuhr | 9 850 800 | 8 872 000 | - 5,1 |

| | Erstes Halbjahr 1915 | Erstes Halbjahr 1916 | Proz. |
|-------------------------|----------------------|----------------------|--------|
| Einfuhr | 428 859 822 | 474 201 166 | + 10,6 |
| Ausfuhr | 188 022 888 | 241 807 881 | + 31,6 |
| Wiederausfuhr | 51 823 020 | 54 121 101 | + 3,5 |

Der „Economist“ spricht seine Genugtuung über die Steigerung der Ausfuhr auf eine „anscheinend so befriedigende Höhe“ aus, fügt aber hinzu, das Gefühl der Genugtuung dürfe nicht darüber hinwegtäuschen, daß das erneute Anwachsen der Passivität gegenüber dem vorausgegangenen Monat den Ernst der Lage erneut beleuchte, und daß die hohen Wertangaben der Statistik einen wirklichen wertvollen Vergleich mit den Handesergebnissen der Friedenszeit wegen der um 70 Proz. gestiegenen Preise nicht gestatten.

Die Zunahme der Ausfuhr im Juni gegenüber dem Juni 1915 dem Werte nach erfolgte hauptsächlich in Kohlen und in Fabrikaten (Baumwollwaren, Wollwaren, Chemikalien). Bei den Baumwollwaren ist infolge der erhöhten Preise der Ausfuhrwert um 8,5 Millionen Pfund größer als im Juni 1915 und sogar um 2 Millionen größer als im Juni 1914. Bei Kohlen tritt die Einwirkung der hohen Preise noch deutlicher hervor. Die „Morning Post“ vom 9. Juli betont als Grund der Ausfuhrwertsteigerung neben den erhöhten Preisen noch den „Rehrhandel“ in Kriegsbedarf der Verbandsgeoffen, frohlockt aber doch darüber, daß mit einem Ausfuhrwert von 87 Millionen Pfund an Fabrikaten für 6 Millionen mehr als im Juni 1914 (also einem Friedensjahr) ausgeführt sind, was bei der Beanspruchung der Arbeitskräfte durch Einberufungen zum Heere ein schlagender Beweis für die Anpassungsfähigkeit der englischen Industrie ist. Auch der „Economist“ hebt hervor, daß die Gesamtausfuhr um 7,4 Millionen höher ist als im Juni 1914 und um eine Viertelmillion höher als Mai 1916.

A. WERTHEIM

Extra-Preise

Donnerstag bis Sonnabend

Wirtschafts-

- Gasplatten o. Tür, m. Erhitzer 6 M.
- Rasenmäher 25 26 27 M.
- Gartenschlauch m. Einl., Mtr. 2.70
- Gartenkarren eiserner 13 M.
- Schlauchwagen eisern, 8.50 16 M.
- Wandkaffeemühlen 2.50
- Salatbestecke 35 40 Pf.
- Gurkenhobel 45 60 70 Pf.
- Quirlbretter komplett 1.45
- Papierkästen 1.35 1.60
- Aermelplättbretter 70 Pf. 1.45
- Wäschetrockner 10 Stäbe . 95 Pf.
- Gazeschränke 8.25 9.50 10.75

- Fleischhackmaschine „Ideal“ 7.75 8.75
- „Germania“ m. 4 Scheib. 4.75 6 M.
- Brotschneidemaschine „Martha“ 6 M.
- mit spitz. Messer 7.25 m. rundem Mess. 8.50
- Pflaumen-Entkerner 95 Pf.
- Kirsch-Entkerner 25 Pf.
- Kirschentkernmaschine . 2.20
- Reibemaschinen . 1.50 bis 2.25
- Fruchtpressen verziert 1.20 u. 1.35
- Einkochbüchsen . . 40 bis 80 Pf.
- Saftbeutel 1.10

Emaillierte

- Kartoffelkocher 2.75 5.40
- Bratpfannen längl. 2.50 bis 3.30
- Bratpfannen runde 1.10 1.25
- Wasserkessel für Gas 2.70
- Kasserollen gerade, ohne Ring 70 Pf. bis 1.50
- konisch, ohne Ring 1.50
- Kaffeekannen 45 Pf.
- Kaffeemaschinen 80 Pf.

- Kaffeetrichter „Vera“ . . 80 Pf.
- Kaffeeseibe mit Stiel 15 Pf.
- Tassen mit Untertassen 45 Pf.
- Trinkbecher 12 bis 20 Pf.
- Flaschentrichter 28 bis 60 Pf.
- Leuchter 35 Pf.
- Teller flach und tief. 16 bis 25 Pf.
- Krüge gebauht 80 bis 1.80
- Seifnapf m. Rückwand 40 Pf., ohne 30 Pf.

Besonders preiswert: Eismaschinen mit Holzkübel 7.50 bis 11.50

Gießkannen Weißblech, rund . . 1.60 bis 3.00 lackiert 2.70 bis 4.00 verzinkt 4.75 bis 7.25

Randkessel aus Stahlblech verzinkt und emailliert in allen Größen und Preislagen

Artikel

- Asbesteller 18 Pf.
- Obstdörren mit Gaze 1.45
- Messerputzmaschinen 3.25 5.25 8.75
- Roßhaarbesen 1.80 2.25 2.75
- Roßhaarhandfeger 1.15 1.25
- Haarbesen grau 1.35 1.60 2 M.
- Handfeger grau 60 70 85 Pf.
- Marktnetze mit Bügel 1.35 1.60
- Lederklopper 60 Pf. 1.25
- Kleiderbürsten mit Stiel . . 50 Pf.
- Scheuerbürsten 22 bis 55 Pf.
- Möbelbürsten Kokos 1 M.

- Schubpolierbürsten d. Reise 30 Pf.
- Netztaschen 55 Pf.
- Fruchtkorb mit Bügel 2.50
- Tischgong 4 M.
- Eierschneider Aluminium . . 1.25
- Saftkannen versch. Ausf. 1.45 2 M.
- Salatbestecke Horn, hell 90 Pf. 1 M.
- Isolierflaschen oval, 1/2 Liter 5 M.
- Brotkörbe vernickelt, rund oder oval, mit Steingut-Einlage 1.25
- Marmeladendosen 2 M.
- Rasierapparate m. 2 Klingen 1.60
- Reisekocher 70 Pf. 1.90 2.25

Geschirre

- Schüsseln flach 25 Pf. bis 70 Pf.
- Gemüseschüsseln viereckig 35 Pf. bis 1.15
- Bratenschüsseln oval 40 Pf. bis 1.50 rund 40 Pf. bis 70 Pf.
- Eßnäpfe 20 23 Pf.
- Tassenwannen 1.25 bis 1.80
- Kaffeekannen dekoriert . . 1 M.

- Milchtöpfe dekolliert 35 Pf. bis 1.80
- Leuchter 40 Pf.
- Wasserkannen dekoriert . . 2.50
- Toiletteneimer dekoriert . . 5.50
- Waschservice dekor., 4teilig 5.50
- Waschtöpfe verzinkt, o. Ring, mit Einlage u. Deckel 4.75 bis 19 M.
- Ringtöpfe verzinkt, mit Einlage und Deckel 5.65 bis 18 M.

Lebensmittel

- Schellfische Pfd. 55 u. 65 Pf.
- Kochschollen Pfund 85 Pf.
- Rotzungen Pfd. von 80 Pf. an
- Makrelen Stück 35 Pf.
- Horn-Aale Stück von 30 Pf. an
- Norwegischer Sey ohne Kopf, Pfund 75 Pf.

- Aalquappen Pfund 55 Pf.
- Lebende Aale zu Tagespreisen
- Lebende Krebse Mandel 1.25, 2.25, 3, 4, 5 M.
- Große Krebse Stück 50 Pf.
- Ahlbecker Flundern Pfd. v. 1.20 an
- Sprott-Bücklinge 1/2, Pfund 45 Pf.
- Lachsheringe Stück 55 Pf.
- Seelachs geräuchert, Pfd. von 2 M. an
- Makrelen geräuchert Stück 50 Pf.

- Fetheringe Stück 20 u. 45 Pf.
- Saure Gurken von 25 Pf. an.
- Junge Gänse Pfund 3.50 nur Leipziger Straße

- soweit Vorrat! Weißkohl Pfund 12 Pf.
- Wirsingkohl Pfund 15 Pf.
- Kohlrabi Pfund 13 Pf.
- Radieschen 3 Bund 10 Pf.
- Mohrrüben ohne Kraut, Pfund 19 Pf.
- Schoten Pfund 18 Pf.
- Grüne Bohnen Pfund 52 Pf.
- Blumenkohl Kopf 20 35 65 Pf.
- Schwarzwürzeln Pfund 18 Pf.
- Salat 3 Köpfe 10 u. 15 Pf.
- Pfifferlinge Pfund 48 Pf.
- Zwiebeln Pfund 27 Pf.

- Preißelbeeren Pfund 42 Pf.
- Saure Kirschen ohne Stiele Pfund 33 Pf.
- Tomaten Pfund 75 u. 95 Pf.
- Melonen Pfund 65 Pf.
- Kochbirnen Pfund 25 Pf.
- Kochäpfel Pfund 28 Pf.
- Johannisbeeren Pfund 35 Pf.

Zuckerrübensaft Pfund 75 Pf.

Politische Uebersicht.

Aus den Kriegszieldebatten.

In der alldeutschen „Täglichen Rundschau“ sucht der Professor Kurt Dreyling den Vorwurf, daß die Annexionspolitiker zur Verlängerung des Krieges beitragen, zurückzugeben, indem er schreibt, daß gerade die, die den Frieden so ehrlich wünschen, so heftig ersehnen, unzweifelhaft dadurch am meisten dazu beigetragen haben, den Krieg zu verlängern:

„Kein noch so häufiges Wiederholen der Begründung: Mäßigung sei Stärke, nicht Schwäche, wird im Kriege vom Gegner geglaubt. Der Krieg und seine Seelenkünde ist, begreife man dies doch endlich, bis zur Einfalt elementar, bis zur Brutalität eindeutig. Es kommt zwischen zwei Kämpfern, und seien es Staaten oder Staatengruppen, allein auf jenes tastend-sühnende Gesamtgefühl an, daß zwei Kämpfende oder auch zwei Tiere, die ineinander verbißten sind, jede, auch die kleinste Entspannung einer Muskel, jedes, auch das leiseste Nachlassen des Kampfers, und dies heißt den Siegerwillen bei dem anderen empfinden und sofort als ein Schwächerwerden seiner Kraft bemerken läßt.“

Daß der Professor gerade dieses „Tier“beispiel gewählt hat, ist für seine ganze Argumentation bezeichnend. So naiv und primitiv kann wirklich nur der die Beziehungen zwischen großen Kulturvölkern betrachten, der bei einer rein biologischen Betrachtung der Geschichte stehen geblieben ist, und dem es an dem vollen Verständnis für die sozialen Beziehungen der Völker mangelt.

Es ist selbstverständlich, daß die „Deutsche Tageszeitung“ diese Ausführungen Kurt Dreylings zustimmend zitiert. Im übrigen veröffentlicht das konservative Blatt erneut einen Artikel Rebenstows zugunsten des rücksichtslosen U-Bootkrieges. Die übrige bürgerliche Presse rüdt dagegen mehr und mehr von den extremen Annexionisten ab. Selbst der freikonservative Abgeordnete Freiherr v. Jedlich gibt den Wirtschaftsverbänden erneut den Rat, ihre vor längerer Zeit aufgestellten Kriegsziele angesichts der jetzigen Kriegslage einer Revision zu unterziehen. Er beruft sich dabei auf den nationalliberalen Abgeordneten Fuhrmann, der selbst bei einer im vorigen Sommer als „Kriegsrat“ bezeichneten Mittagsbesprechung von Abgeordneten im Lesezimmer des Abgeordnetenhauses ausgeführt habe, daß man nötigenfalls nach der Gestaltung des Krieges seine erste Auffassung der Kriegsziele berichtigen müsse.

Die „Germania“ setzt ihre Propaganda zur Unterstützung der Kanzlerpolitik fort. Schon in den letzten Tagen hatte sie darauf hingewiesen, daß zwar einzelne Zentrumsblätter und Zentrumsvertreter sich den weitgehendsten Annexionsforderungen angeschlossen hätten, daß aber die Partei als Ganzes hinter der Politik des Kanzlers stehe. In einer Zuschrift von „besonderer Seite“ polemisiert die „Germania“ in entschiedener Weise gegen die Forderung des verächtlichen U-Bootkrieges. Mit gleicher Schärfe wendet sich diese Zuschrift gegen die Freigabe der Kriegsziele. Sie beruft sich darauf, daß der Reichskanzler in seinen Reichstagsreden das Kriegsziel genügend klar umschrieben habe, und daß das Zentrum diesem Programme zustimme. Gegen eine weitergehende Erörterung wendet die „Germania“ folgendes ein:

„Diejenigen, welche immer noch auf konkretere Formulierung von Kriegszielen schon jetzt drängen, müßten sich sagen, daß damit ein Janfappel in die deutsche Öffentlichkeit geworfen würde. Denn wir haben im Deutschen Reich eine große Partei, welche z. B. von irgendwelchen Annexionen ganz oder gar nichts wissen will, während anderen Richtungen im Punkte der Annexionen gar nicht genug gegeben kann. Um die Begeisterung des deutschen Volkes zu halten, um daselbe zu immer neuer Hingabe an die vaterländischen Interessen und zu niedersagender Opferwilligkeit anzuspornen, genügt doch wahrlich das eine große, alles umfassende Endziel: die Verteidigung der Ehre und die

Existenz des deutschen Vaterlandes in der Gegenwart und die Sicherung dieses Vaterlandes gegen ruchlosen Friedensbruch für alle Zukunft.“

Das ist eine fast wörtliche Wiederholung verschiedener Auslassungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, deren Zweck ja durchsichtig genug ist.

Zum Schluß wollen wir noch erwähnen, daß sich den fortschrittlichen Blättern, die mit der Politik des Kanzlers einverstanden sind, auch die „Weser-Zeitung“ in Bremen anschließt. Das Blatt wendet sich scharf gegen den „Unabhängigen Ausschuss zur Herbeiführung eines deutschen Friedens“ (Vorsitzender Professor Schäfer) und schließt mit einem Bekenntnis zu den Ansichten des vom Fürsten Wedel geleiteten Nationalausschusses. Dieser Nationalausschuss hat sich in seinen bisherigen Veröffentlichungen zu dem Kriegsziel des Kanzlers bekannt. Näheres über seine Anschauungen wird man aus den für den 1. August in allen großen Städten geplanten Massenversammlungen erfahren.

„Stammtischreden.“

„An irgendeinem Stammtisch“ sollen nach der Meinung des Herrn Georg Bernhardt (siehe Notiz in Nr. 202 des „Vorwärts“) die Leute sitzen, die dem „Traum einer deutschen Welt Herrschaft“ nachjagen. Mit der Bemerkung sollen die Bestrebungen der erregierten Annexionspolitiker als unbedeutend und ungefährlich bezeichnet werden. Diese Vogelstraußpolitik, die die Öffentlichkeit von der wichtigsten Frage der Gegenwart ablenken will, kann nicht deutlich genug zurückgewiesen werden. Wir möchten deshalb noch an einen Vorgang erinnern, der einen Ausgangspunkt für die Bestrebungen bildet, die seit langem Gegenstand der Erörterung sind. Am 16. Mai 1915 hielt der Abgeordnete Fuhrmann nicht an einem Stammtisch, sondern im größten Saale Essens, dem städtischen Saalbau, eine Rede über „Das deutsche Volk und die gegenwärtige Kriegslage“. Diese Rede ist „als Manuskript gedruckt“ in einer 24 Seiten starken Broschüre in weiten Kreisen verbreitet und bekannt geworden. Sie wurde, wie aus dem Titelblatt bemerkt ist, „vor einer mehrtausendköpfigen Versammlung“ — ein ganz respektabler „Stammtisch“ — gehalten, die angeblich aus allen Kreisen des großen rheinisch-westfälischen Industriebezirks besetzt und besucht gewesen ist. — Man muß sich nur einmal den Inhalt dieser Rede ansehen und vergegenwärtigen, daß er auch in den feindlichen kriegführenden Ländern bekannt geworden und fruchtbar gemacht worden ist, um das Gefährliche dieses Treibens zu erkennen. Daß Bestrebungen, wie die in dieser Rede zutage getretenen, zur Verlängerung des Krieges wesentlich beigetragen haben, dürfte außer Zweifel stehen. Man sollte also derartige „Stammtisch“-scherze doch lieber unterlassen.

Noch ein Annexionsprofessor.

In den „Greenboten“ untersucht Professor Dr. Bornha! die Formen der Ansiedlung unselbständiger Gebiete. Er beginnt bei den alten Römern und kommt dann zu dem Schluß:

„Nicht die volle Einverleibung ist der einzige Weg. Der vorzeitige Versuch dazu kann, wie die neuere Entwicklung Rußlands zeigt, geradezu verhängnisvoll wirken. Auch mit Ulsah-Politikern hätten wir 1871 mindestens einige Jahrzehnte warten sollen. Nimmermehr aber kann die Unmöglichkeit einer sofortigen vollständigen Einverleibung und die Befürchtung, die nationale Geschlossenheit zu stören, einen Staat zum Verzicht auf Gebiets-erwerb bestimmen, der für ihn aus militärischen, politischen und wirtschaftlichen Gründen eine bittere Notwendigkeit ist. Man beschneidet wohl Bismarcks Geist heraus mit dem Schlagwort vom „saturierten Staate“. Bismarck hatte gut reden. Er hatte den preussischen Staat um drei Provinzen auf einmal — ein Gebiet wie nie zuvor — das Reich um Elb- und Ostpreußen erweitert. Danach konnten beide vorläufig „saturiert“ sein, um erst einmal das Genossene zu verdauen. Aber jeder Organismus, der fortgesetzt an dem Troste geht, einmal satt gewesen zu sein, muß schließlich zusammenschumpfen.“

Die Verkehrsfragen des Orients erledigt Sachau mit folgender Handbewegung: „Außerhalb der großen Eisenbahnlinien, deren Zahl sich in Zukunft schnell vermehren wird, bedarf es der Landstraßen in Ebene und Gebirge, sowie der Brücken und Fährboote für die Wasserläufe. Und hier kann das Notwendigste in vielen Fällen mit verhältnismäßig geringen Mitteln erreicht werden, wenn man sie nur zweckmäßig verwendet.“ Solus, solus, eins, zwei, drei! Hören wir dagegen Philippson, der nach gründlicher Betrachtung der Bedingungen des Völkerebens im türkischen Reich sagt: „Vor allem sollten für eine gewisse Zeit nur solche neuen Eisenbahnen in Angriff genommen werden, die strategisch notwendig sind. Solange das türkische Volk nicht an die kapitalistische Entwicklungsform der Europäer gewöhnt ist und sich ihrer selbst bis zu einem gewissen Grade bedienen kann, bringt jeder neue Verkehrsweg wieder verderbliche Ausbeutung und wirtschaftliche Anreicherung für einen Teil des türkischen Volkes, der bisher durch Entlegenheit dagegen geschützt war.“ (S. 98.)

Genau so ungleich klingen die Urteile der beiden Autoren über Teilgebiete des Türkenreiches, so über Syrien und Mesopotamien. Sachau sieht überall das Band einer großen Zukunft, das nur des belebenden Hauches des Kapitalismus harret, um zu blühendem Leben zu erwachen, wo Philippson eine natürlich gewordene Kultur nachweist, deren Förderung wohl nicht aussichtslos, aber mit großer Vorsicht und unter strenger Berücksichtigung der Eigenart von Land und Volk zu betreiben ist. Er kommt darum zur Forderung einer großzügigen wissenschaftlichen Erforschung der Türkei durch deutsche und einheimische Kräfte.

Ein ganz anderes Thema behandelt Professor Josef Dell im ersten Bandchen. In sechs stoff geschriebenen Stichen spricht er von den Bestrebungen, gesellschaftliche und politische Formen von außen in die Welt des Islam zu verpflanzen.

Die Anhänger des Islam bilden überall, wo sie mit Andersgläubigen zusammenwohnen, die Herrenklasse. Geistig und sozial überlegen sie die Massen. Auch dort, wo die einst von den Moslem unterworfenen Völker später den Islam angenommen haben, ist heute noch die Kluft zwischen der Herrenklasse der Eroberer und der Masse der Ureinwohner fühlbar. Der Moslem lebt daher in der Ueberzeugung von der unbedingten Ueberlegenheit des Islam und seiner Anhänger über alle „Ungläubigen“. Dell zeigt, wie auch die sehr sympathischen Schulgründungen der Engländer und Franzosen in vielen Gebieten Vorderasiens diesem stolzen Bewußtsein der Moslem keinen Abbruch tun konnten. Die Orientalen bemächtigen sich wohl gern des dargebotenen Wissens, benutzen es aber nur zur Stärkung ihrer Eigenart. Nach wie vor leben sie ein eigenes geistiges Leben, das sie nach ihrer Meinung turmhoch über den Europäer stellt.

Das Selbstbewußtsein der Mohammedaner dürfte aber noch einer anderen Quelle entspringen. Die Moslem fühlen sich als eine in Wesen einige weltumspannende Masse. Dell schildert, wie die Koranischen die arabische Sprache und Literatur bis in die entferntesten Winkel des Herrschaftsgebietes des Islam verbreiten. Dieses gemeinsame Geistesgut verbindet,

Diese Theorie hat entschieden den Reiz der Neuheit — denn nach ihr müßte ein Staat, wenn er eiberleibte Gebiete verbaut hat, sofort wieder an die Einverleibung neuer Gebiete gehen, um nicht schließlich „zusammenschumpfen“! Da in der Regel aber Gebiete nur dann eiberleibt werden können, wenn sie vorher einem anderen Staate abgenommen worden sind, würde diese Theorie schließlich den Krieg in Permanenz bedeuten.

Die Kriegsziele der Wirtschaftsverbände.

Der Syndikus der Düsseldorfster Handelskammer, Dr. Brandt, wendet sich in der „Rheinisch-Westfälischen Ztg.“ gegen die bekannte Aufforderung des Freiherrn von Jedlich, daß die Wirtschaftsverbände ihre Kriegsziele einer Ueberprüfung unterziehen möchten.

„Ich darf es wohl, schreibt er, den wirtschaftlichen Verbänden, an die sich Freiherr von Jedlich und Reukirch wendet, überlassen, ihm auf diese Anrufung zu antworten. Man wird begreifen können, ob dieser Ruf nach den deutschen Interessen gegenüber dem Auslande dient. Freiherr von Jedlich geht bei der Beurteilung der Kriegsziele der wirtschaftlichen Verbände von ganz falschen Voraussetzungen aus. Es ist ganz gleichgültig, zu welchem Zeitpunkt und bei welcher Kriegslage diese Kriegsziele aufgestellt worden sind. Entscheidend ist lediglich, daß sie auf sicherer und wissenschaftlicher Grundlage beruhen, wie Freiherr von Jedlich selbst zugibt.“

Man darf also von den wirtschaftlichen Verbänden nicht fordern, daß sie ihre Kriegsziele der Kriegslage anpassen sollen, wobei man außerdem wohl noch fragen dürfte, an welche Kriegslage die Anpassung erfolgen soll? Ebenso unrichtig ist es, einen Widerspruch zwischen der Haltung des Reichskanzlers und den Zielen der wirtschaftlichen Verbände allein aus der Tatsache folgern zu wollen, daß zwischen der Offenheit und Rückhaltlosigkeit, mit der die Verbände das volkswirtschaftliche Kriegsziel gezeichnet haben, und der Zurückhaltung, die sich der Reichskanzler in derselben Frage auferlegen muß, ein weites Zwischenraum klafft. Ich würde es sehr bedauern, wenn die wirtschaftlichen Verbände dem Räte des Freih. v. Jedlich und Reukirch folgten und sich auf eine Bescheidung der von ihnen aufgestellten Friedenswünsche einließen. Ich glaube allerdings nicht, daß diese Gefahr besonders groß ist.“

Man wird sich dieses Eingeständnis eines der führenden Männer der deutschen Industrie merken müssen. (2)

Der „Fall“ Stengel.

Die ickrichtigen Äußerungen, die wir in unserer Montagsausgabe kritisierten, geben zwar nicht auf den Münchener Professor Freiherrn v. Stengel zurück, sie sind aber auch nicht völlig erfunden. Wie die „Frankfurter Zeitung“ jetzt mitteilt, stammt die dem Antidorslog-Raad zugegangene Antwort von einem Herrn F. S. Stengel in Wien.

Landtagsabgeordneter Wislawow-Moellendorff gestorben.

Wie der „Tribüne“ meldet, ist der konservative Landtagsabgeordnete für die West- und Ostpreußen, Graf v. Wislawow-Moellendorff, Majoratsherr auf Gadow, in Teheran am Herzschlag gestorben. Er wollte dort in politischer Mission. Der Verstorbenen hatte seinerzeit den Chinafeldzug mitgemacht.

Freigabe von Petroleum.

Durch eine im Reichsgesetzblatt veröffentlichte Bekanntmachung wird der Verkauf von Petroleum zu Leuchtzwecken vom 21. August 1916 an wieder gestattet. Im übrigen bleibt es bei der Anmelde- und Abgabenerpflichtung für das Petroleum an die Zentralabgabestelle für Petroleumverteilung.

Das tägliche Brot.

Reichsfettkarte.

Wie wir Berliner Blättern entnehmen, wird nicht eine Reichsbutterkarte, sondern eine „Reichsfettkarte“ zur Einführung kommen. Sie wird für den Einkauf von Butter, Schmalz und Speisefett aller Art, Kunstfett (Margarine) und Speisefett Geltung

alle nationalen Unterschiede zurückdrängend, den gebildeten Mohammedaner Indiens und Chinas mit dem Moslem im westlichen Afrika. Es gibt ihnen ein in den Grundzügen gleiches Geistesleben und läßt die Welt des Islam unendlich groß und seine Ueberlegenheit unantastbar erscheinen. Das Einheitsbewußtsein der Moslem hat sich in der Hochschule für mohammedanische Theologie in Kairo, Al Azhar, eine Festburg geschaffen. Hier hat die gebildete Theologie ihren Sitz. Die religiöse Masse träumt noch immer von dem Kommen eines islamitischen Einheitsstaates.

Das internationale Bewußtsein der islamitischen Welt muß nun aber dem Emporkommen eines Nationalbewußtseins der orientalischen Völker im Wege stehen. Damit erschwert es auch das Eindringen der mit dem nationalen Staatsgedanken verbundenen politischen und kulturellen Ideen in die Welt des Islam. Dell nennt es den „Geist des Abendlandes“, der sich durch den Einfluß Europas im Orient langsam durchsetzt. Wir meinen vielmehr, daß die Moslem den nationalen Gedanken aus sich heraus entwickeln und ihrer eigenen Kultur gemäß neu bilden werden, sobald die wirtschaftliche Entwicklung eine straffe nationale Organisation bedingt. Damit müssen sich auch jene politischen und kulturellen Formen im Leben der Moslem einstellen, die der nationalen Idee in Europa entsprungen sind. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die mohammedanischen Völker manche Anregung von den Nationen des Abendlandes auf diesen Weg mitnehmen werden. Die bloße Nachahmung, die manchmal zu beobachten sein wird, dürfte früher oder später Eigenem weichen.

So sehen wir beim türkischen Volke schon heute das selbständige Auftreten eines starken Nationalgefühls.

Geht die Entwicklung diesen Weg zur Bildung von Nationalstaaten, dann kann sie nicht ohne Einfluß auf die Politik des Orients bleiben. Der internationale Islam gestattete es, das einst so ausgedehnte türkische Reich von Konstantinopel aus mit der Religion zu regieren. Die Pflege des religiösen Einheitsbewußtseins war das Herrschaftsmittel der Kalifen. Ob diese Möglichkeit nach einer Einwurzelung des nationalen Gedankens bei den Völkern des Morgenlandes fortbestehen bleibt, ist fraglich.

Bestimmt wendet sich das hier und dort aufstrebende Nationalgefühl der Moslems gegen die koloniale Fremdherrschaft. In Ägypten sehen wir das deutlich. Die gebildeten Moslems fühlen durch die koloniale Fremdherrschaft und durch das Eindringen europäischen Wesens und Kapitals in den Orient die Bedrohung und behindert: die Eigenart des Islams an sich und die Bildung mohammedanischer Nationen. Ägypten ist heute schon der Herd einer Reformbewegung, die nicht nur ein befreites Ägypten, sondern die Befreiung aller Völker des Islams vom Einflusse des Abendlandes erstrebt.

Ueber die Schrift Professor Dr. Jastrow's brauchen wir nichts zu sagen. Sie entwirft ein treffliches Bild von der großen historischen Rolle Konstantinopels in vielen Jahrhunderten bis auf die neueste Zeit. Die kleine Schrift ist ohne Einschränkung jedem zu empfehlen, der die Wurzeln dieses Weltkrieges kennen lernen und in das Wesen auswärtiger Politik eindringen will. R. S. (2)

Vom nahen Orient.

II.*)

Wem es darauf ankommt, einen orientierenden Ueberblick über die Beschaffenheit des vielgestaltigen Türkenlandes zu bekommen, dem raten wir, Philippsons kleines Buch: „Das türkische Reich“ zu lesen. (Es wurde im „Vorwärts“ schon einmal erwähnt.) Das Buch ist ein Muster gemeinverständlicher und trotzdem streng wissenschaftlicher Darstellung. Dem Verfasser ist es gelungen, in den Hauptzügen seines Buches streng objektiv zu bleiben, obwohl er für ein literarisches Unternehmen arbeitete, das sich die Aufgabe gestellt hat, in erster Linie für die türkischen Unternehmungen der deutschen Auslandspolitik Stimmung zu machen. In wohlgeleiteter Kapitelweise behandelt er geographische Gestaltung, klimatische und Bodenschaffenheit, Zustand und Ausichten des Wirtschafts- und Verkehrslebens und Völkerebens der Türkei. Eine schwierige Aufgabe, wenn man bedenkt, daß das türkische Reich in seinen einzelnen Teilen so verschiedenartig wie möglich ist. Wüste Einöden und dürftige Steppen wechseln mit rauhem Gebirgsland und üppiger Kulturlandschaft, neben dem Döner und Ackerbauer lebt der kampfesbrave Nomade.

Dagegen haben wir sofort ein seltenes Beispiel leichtsinnigster Agitation, wenn wir Heft 3 der Sammlung zur Hand nehmen: Sachau, „Vom asiatischen Reich der Türkei“. Zweck und Wert der beiden Schriften erkennen wir am besten aus einem Vergleich.

So behauptet der Herr Geheimrat Sachau kühnen Mutes (S. 7): „Es kann nicht dem geringsten Zweifel unterliegen, daß, wenn es gelingt, die höheren Arten der Bodenkultur unter der Bauernbevölkerung Anatoliens zu verbreiten, und wenn einmal die nötigen Eisenbahnen, Landstraßen und Brücken hergestellt sind, die nötige Arbeit eine Blüte dieser beiden und sicheren Wohlstandes schaffen kann für ein Mehrfaches seiner jetzt auf 10 bis 11 Millionen berechneten Bevölkerung.“

Philippson dagegen meint (S. 78): „In einem rein agrarischen Lande spiegelt die Volkswirtschaft ziemlich getreu die Fruchtbarkeit und die Kultur des Landes wider.“ Und auf S. 80: „Im ganzen habe ich doch den Eindruck gewonnen, daß nicht mehr allzuviel anbaufähiger Boden frei ist, abgesehen von dem, der sich durch neue Bewässerungsanlagen in Trockengebieten gewinnen ließe. Im jetzigen Zustande dürfte das türkische Reich keine erhebliche Einwanderung von Ackerbauern mehr aufnehmen können.“ Gegen eine schnelle Aenderung des jetzigen Zustandes der Türkei warnt Philippson aber an mehreren Stellen seines Buches. Vor allem mahnt er zur größten Vorsicht bei der Einführung „höherer Arten der Bodenkultur“ und empfiehlt, bei allen diesen Versuchen den Rat der Eingeborenen zu hören. Er hält die europäischen Formen der Bodenkultur keineswegs für die schließliche „höheren“.

* Siehe auch Nr. 200 des „Vorwärts“.

haben, und zwar derart, daß alle diese Zeite und Dese gleich der Butter nur auf diese Karte und nur im Rahmen der festgesetzten Wochenmengen erhältlich sein werden, daß also, beispielsweise eine Ration von 100 Gramm wöchentlich angenommen, jemand, der 50 Gramm Speiseöl kauft, nur noch 50 Gramm Butter in der betreffenden Woche erhält usw. Ueber die Höhe der Wochenration ist angeblich bis heute noch nichts bestimmt. Die Bekanntmachung über die Einführung der Reichsfettkarte ist vermutlich schon in der kommenden Woche zu erwarten, das Inkrafttreten indessen wahrscheinlich nicht vor Ende August.

Die im Kriegsernährungsamt über die Einführung der Reichsfleischkarte gepflogenen Verhandlungen sollen, wie verlautet, nunmehr vor ihrem Abschluß stehen. Für alle noch schulpflichtigen Kinder soll die halbe Ration vorgegeben werden. Man nimmt an, daß die neue Verordnung in den nächsten Tagen veröffentlicht wird.

Die Massenpeisung in Köln

Beginnt mit einer großen Enttäuschung. Die Stadt hat Einrichtungen für 40 000 Teilnehmer getroffen und zwar mit einem Kostenaufwande von über 700 000 M. Es beteiligen sich aber in der ersten Woche nur knapp 3000 Personen. Darunter weniger Arbeiter als Mittelständler und kleine Angestellte. Das Wochenabonnement kostet für 6 Mahlzeiten 2 M. und die Mahlzeit wird aus Haus gefahren. Der Hauptgrund der Zurückhaltung dürfte darin liegen, daß die Teilnehmer an der Massenpeisung wöchentlich nur noch 2 Pfund Kartoffeln bekommen. 5 Pfund werden für die Mahlzeiten der Massenpeisung zurückgehalten. Die Stadt hält nun in Zukunft nur 4 Pfund Kartoffeln zurück und entfaltet eine große Propaganda für die Massenpeisung.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

In einer für den Wahlkreis Schweidnitz-Striegau einberufenen Kreisversammlung verteidigte der Abgeordnete des Kreises Genosse Franz Feldmann die Haltung der Fraktionsmehrheit zur Verwilligung der Kriegskredite. Nach lebhafter Diskussion wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen. Sie lautet:

Die am 23. Juli in Stanowitz tagende Kreis-Mitglieder-Versammlung der Parteigenossen im Wahlkreise Schweidnitz-Striegau erklärt sich nach den eingehenden Darlegungen ihres Reichstagsabgeordneten Genossen Franz Feldmann mit seiner bisherigen Stellungnahme im Reichstoge einverstanden. Sie billigt insbesondere die wiederholte Zustimmung zu den Kriegskrediten, sowie die Verwilligung der Kriegsgewinnsteuer, und erachtet diese Haltung als im politischen und wirtschaftlichen Interesse der deutschen Arbeiterklasse geboten. Die Versammelten stehen zu der Erklärung vom 4. August 1914 mit allen sich daraus ergebenden Folgerungen und machen sich die dort niedergelegten Grundsätze zu ihren eigenen.

Entsprechend den Worten im einleitenden Teile unseres Parteiprogramms, daß der Kampf der Arbeiterklasse zu einem einheitlichen zu gestalten ist, kann die Versammlung die Abspaltung eines Teils der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nicht billigen, spricht vielmehr ihr Bedauern über diesen Disziplinbruch aus.

Die Anwesenden geloben, die Geschlossenheit der Parteibewegung im Kreise Schweidnitz-Striegau zu erhalten.

Aus Groß-Berlin.

Die Massenpeisung.

Die Massenpeisung, soweit sie die Stadt ausführt, ist noch in den Anfangsstadien begriffen. Es wäre übereilt, heute schon ein Urteil über diese Speisung zu fällen. Jede neue Einrichtung muß sich einleben und es müssen auch noch Erfahrungen gesammelt werden, die im Interesse der Speisenden verwertet werden müssen. Die Geschmäcker sind verschieden und wo für viele Personen gekocht wird, werden die Meinungen über das Essen sehr auseinandergehen. Das ist schon im Privathaushalt der Fall, wie viel mehr wird das bei den Massenpeisungen in die Erscheinung treten. Immerhin aber dürfte es gut sein, Maßnahmen zu treffen, um das Urteil über die ausgegebenen Speisen zu erfahren.

Vielleicht wäre zu erwägen, in jeder Ausgabestelle den Essenbeziehern die Möglichkeit zu geben, ihre Ausstellungen über das Essen anzubringen. Vielleicht empfiehlt sich die Einrichtung einer Beschwerdemöglichkeit durch Anbringung eines Beschwerdebogens, auch sollten dort Wünsche entgegengenommen werden. Es müßte dann eine unparteiische, vielleicht aus Hausfrauen der Gegend zusammengesetzte Kommission die Beschwerden und Wünsche prüfen und Abhilfe schaffen. Nur so wird das Vertrauen zu der neuen Einrichtung gefördert und verbütet, daß sie gar zu sehr bürokratisch wird. Wichtiger ist natürlich, daß ausreichendes Material in die Speisekessel getan wird, sonst kann nichts Vernünftiges ausgegeben werden. Was den festgesetzten Preis für die Portion betrifft, so gehen auch hier die Ansichten sehr auseinander. Manche halten den Portionspreis von 40 Pf. für die ganze Portion für zu hoch, weil sie ihn nicht anlegen können, andere wieder geben der Meinung Ausdruck, daß sie lieber etwas mehr anlegen würden, wenn die Qualität des Essens verbessert werden könnte. Man wird es da niemand recht machen können, wenn man nicht verschiedene Qualitäten Essen herstellen will. Gegen eine solche Differenzierung wird man sich aber wenden müssen, sonst wird die ganze Massenpeisung in ihr Gegenteil verkehrt, und gerade die hätten den Schaden, die nur wenig anlegen können. Die Speisung größerer Massen wird sich in heutiger Zeit der Knappheit mancher Lebensmittel auf bestimmte öfter wiederkehrende Gerichte beschränken müssen, wie das ja auch im Privathaushalt heute der Fall ist. Ein wirkliches Urteil über das zur Ausgabe kommende Essen wird man sich aber nur dann bilden können, wenn man selber mitkocht; man darf sich nicht auf Hörensagen verlassen. Wir haben schon die verschiedenen direkt entgegengesetzten Urteile gehört und enthalten uns vorläufig noch eines abschließenden Urteils. Wir weisen heute nochmals auf folgendes hin:

Wer sich melden will, muß sich zunächst von seiner Protokommision bei der Vorlegung seiner Fleisch- und Kartoffelkarte eine Stammkarte besorgen. Auf diese Karte erhält man dann gegen Bezahlung Blechmarken, die zum Empfang von Mittagessen berechtigen. In den letzten Tagen wurden durchschnittlich 70 000 Portionen täglich verabfolgt. Die Ausgabe erfolgt in Turnhallen. Im Betrieb sind zurzeit drei Küchen: Dresdenerstraße, Graunstraße und Landsberger Allee. Eine vierte in der Sellenstraße soll am 31. d. M. eröffnet werden. 14 Tage später kommt die Küche an der Kaiser-Wilhelmstraße mit 40 700 Liter Leistungsfähigkeit zur Eröffnung. Es sollen dann in Abständen von wenigen Wochen die geplanten Küchen in den Markthallen in der Eisenbahnstraße, am Arminiusplatz in Moabit, in der Dresdener Straße, am Marheideplatz, eine zehnte an der Wiener Brücke, sowie eine an der Borsdorfer Straße eingerichtet werden. Im Winter dürften dann noch Küchen im Döberitz, auf dem Wedding-Gesundbrunnen, im Zentrum und im Westen hinzukommen. Anfang Oktober, wenn nicht schon früher wird

eine Leistungsfähigkeit von 25 000—300 000 Literportionen erreicht werden. Ob diese genügt, die angemeldeten Personen zu befriedigen, hängt natürlich von heute noch nicht zu übersehenden Umständen ab. Bemerkenswert ist bei dieser Art Massenpeisung, daß keine Prüfung des Einkommens erfolgt, daß die Hausfrauen das Essen bis auf wenige Ausnahmen mit nach Haus nehmen und oft noch durch Zufug von Kartoffeln usw. „strecken“.

Für die am 31. Juli zur Eröffnung gelangende Küche in der Sellenstraße, die mehrere Ausgabestellen auf dem Wedding und auf dem Gesundbrunnen hat, — wir haben am Sonntag die Ausgabestellen mitgeteilt — müssen die Anmeldungen bis Donnerstag dieser Woche bei der zuständigen Protokommision erfolgt sein. Die Einteilung ist etwas unzuverlässig. Es wird gewünscht, daß die in der Bankstraße Wohnenden nicht nach der Ausgabestelle in der Christianiastraße verwiesen werden, sondern nach der viel bequemer gelegenen in der Böttcherstraße. Der Magistrat sollte schleunigst diesem Wunsche Rechnung tragen.

Bei der Anmeldung zur städtischen Volksspeisung werden sonst bekanntlich zwei Teilschnitte einer Woche von der Kartoffelkarte abgetrennt. Für die folgende Woche soll aber mit Rücksicht auf die erhöhte Kartoffelmenge nur ein einziger Teilschnitt der Kartoffelkarte bei der Anmeldung zur Volksspeisung, und zwar gleichmäßig für ganze und halbe Portionen, in Anspruch genommen werden. Wer seine Anmeldung für die folgende Woche bereits bewirkt hat, ist berechtigt, sich einen Teilschnitt der Kartoffelkarte für die folgende Woche von seiner Protokommision zur eigenen Verwertung zurückzufordern. Die Anmeldungen zur Volksspeisung müssen, worauf nochmals hingewiesen sei, von Montag bis Donnerstag einer jeden Woche erfolgen.

Ferienspiele der Stadt Berlin.

Ueber den Besuch der Kuchenspiele teilt der Magistrat mit: In einigen Zeitungen fand sich eine Notiz des Inhalts, daß der Berliner Magistrat kürzlich die Tatsache festgestellt habe, daß auf den großen Kuchenspielflächen sich nur verhältnismäßig wenige Kinder an den Ferienspielen beteiligen (bis jetzt höchstens etwa je 1000, statt je 5000). Eine derartige Feststellung ist vom Magistrat niemals getroffen worden, konnte auch nicht getroffen werden, weil sie den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechen würde. Trotz der Ungunst der Witterung sind die Spielflächen täglich voll besetzt. Ein Bild von dem Besuch der ersten Ferienwoche geben folgende Zahlen:

| | |
|--|----------------|
| Der Gesamtbesuch — allein auf den Kuchenspielflächen — belief sich | |
| im Grunewald auf | 15 397 |
| in Blankenfelde I auf | 18 705 |
| II | 15 811 |
| Wald auf | 26 696 |
| Wartenberg auf | 16 690 |
| Hohenschönhausen auf | 4 369 |
| im Plänterwald auf | 15 918 |
| in der Wuhlheide auf | 5 825 |
| im ganzen also auf | 118 781 Kinder |
| gegen 101 210 im Vorjahre. | |

Von der zweiten Woche liegen genaue Angaben noch nicht vor; doch ist anzunehmen, daß die Zahl hinter derjenigen der ersten Woche nicht zurückbleibt.

Zu der Schiffskatastrophe auf der Oberspre.

Die Zahl der auf 21 gestiegenen Opfer des Schiffunglücks bei Grünau hat sich bisher nicht vermehrt. Die Nachforschungen an der Unfallstelle sind endgültig eingestellt worden, da die Behörde annimmt, daß alle Verunglückten geborgen wurden. Es sind zwar noch einige Personen bei der Köpenicker Polizei als vermißt gemeldet worden, doch steht von keiner derselben unbedingt fest, daß sie sich auf dem Motorboot „Anna“ befunden hat. Die 21 Leichen sind sämtlich zur Beerdigung freigegeben und werden zum Teil nach den Heimatsorten übergeführt, um dort beigesetzt zu werden.

Der Kapitän des „Hindenburg“ befindet sich noch immer in Sicherthalt im Köpenicker Gerichtsgefängnis; ob und wann er dem Untersuchungsrichter beim Landgericht II zugeführt wird, steht noch nicht fest. Voraussetzlich wird, da der erste Vortermin völlige Klarheit nicht gebracht hat, noch ein zweiter Termin an der Unfallstelle abgehalten werden, zu dem weitere Zeugen und neue Sachverständige hinzugezogen werden sollen.

Ein tödlicher Unglücksfall hat sich auf dem Rangierbahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde ereignet. Der 48jährige Maschinenpuffer Hermann Prestel aus der Berliner Straße 68 in Friedrichsfelde war gegen 11 Uhr abends auf dem Bahnhof mit dem Reinigen einer Maschine beschäftigt. Nach Beendigung der Arbeit überhört er, um sich den Rucksackweg abzukürzen, die Gleise, ohne dabei zu beachten, daß auf einem derselben ein Zug herannah. P. wurde von der Lokomotive erfasst, umgerissen und überfahren. Dem Bedauernswerten wurde beide Beine vom Kumpf getrennt; außerdem erlitt er schwere innere Verletzungen. Der Verunglückte wurde, nachdem ihm an Ort und Stelle Notverbände angelegt worden waren, nach dem Lichtenberger städtischen Krankenhaus geschafft. Dort ist er bald nach seiner Einlieferung gestorben.

Ein zweiter tödlicher Unglücksfall hat sich auf dem Flugplatz Johannisthal zugetragen. Der Schneidermeister Karl Mahly aus der Zehdenicker Str. 4 hatte auf dem Flugplatz zu tun. Zur Rückfahrt bestieg er einen hochbeladenen Wagen, der gerade nach Berlin fahren wollte. Nachdem sich das Fuhrwerk kaum in Bewegung gesetzt hatte, stürzte M. von seinem Sitz herab und zog sich bei dem Fall so schwere Verletzungen zu, daß er an den Folgen derselben im Elisabeth-Hospital in Oberschöneweide, wohin er gebracht worden war, starb.

Zur Einschränkung des Radfahrens

Die Einschränkung des Radfahrens hat unter den Radfahrern eine starke Erregung ausgelöst. Den tausenden Radfahr-Liebhabern ist durch die erlassenen Bestimmungen die weitere Ausübung ihres gesundheitsfördernden Sportes, an dem sie mit Leib und Seele hängen, für die Kriegszeit unmöglich gemacht. Dagegen sind den Berufsfahrern auf den Radrennbahnen keinerlei Einschränkungen bezüglich der Vereisung der Räder und des Benzins- oder Benzolverbrauchs für ihre Fährmaschinen auferlegt. Der Verbrauch an Gummi und sonstigen Radbestandteilen ist aber gerade bei den Rennmaschinen ein weit größerer als bei den Straßenrädern. Pneumatikdefekte, Pedalen- und Gabelbrüche zählen zu den üblichen Begleiterscheinungen fast eines jeden Renntages. Verlässliche Vereisungen an Straßenrädern lassen sich nötigenfalls und wiederholt durch Auflegung von Fliden aus alten Schläuchen reparieren; bei den Rennmaschinen dürfte dies aber weit weniger möglich sein, weil die Räder auf dem Zement eine ganz andere Widerstandskraft der Schläuche bedingt, als eine bloße Spazierfahrt. Deshalb erfordert die Herstellung von Rennmaschinen auch die beste Qualität an Gummi und Radbestandteilen.

was wiederum für die Heeresleitung, bei der Beschlagnahme dieser Artikel, doppelt ins Gewicht fallen müßte.

Nun könnte es zwar so scheinen, als ob durch die Ausnahmegesetzbestimmungen für Berufsfahrer letzteren auch während des Krieges die Erfindungsmöglichkeit gesichert sein soll. Das scheint nur so, ist es aber in der Tat nicht. Erstmalig handelt es sich bei den Rennfahrern um kaum ein Räderbündel von Personen, die den Radrennsport als einzige Berufstätigkeit ausüben. Aber auch diese wenigen Personen stehen zurzeit sämtlich in militärischem Verhältnis und werden zu den Kriegstrossen nur beurlaubt. Die große Masse der sogenannten Berufsfahrer stehen in Wirklichkeit tagtäglich in einem anderen Arbeitsverhältnis und hegen zuerst den Wunsch, es mal zu einem Berufsfahrer zu bringen. Bei den meisten bleibt dieser Wunsch ewig ein Wunsch; nur vereinzelte verfügen über eine solche Körperkonstitution, die den Anforderungen dieses durchaus unportlichen Gewerbes entspricht. Die von den Rennveranstaltern ausgemerkten Preise für die zweit- und drittklassigen Berufsfahrer dürften vollends gerade dazu ausreichen, um diesen die Zahlung ihrer Lizenzgebühren und die Erhaltung ihrer Räder zu ermöglichen. In der Hauptsache kommen die Radrennveranstaltungen nur den Besitzern der Rennbahnen zugute.

Es wird aber vielfach nicht verstanden werden, wenn die Radrennen ungehindert fortgeführt werden können, während der gesunde Stadtport sich den Einschränkungen auch ferner unterwerfen muß. (z)

Arbeiterbildungsschule. An den heute Donnerstag, abends 8^{1/2} Uhr, im Hörsaal der Schule stattfindenden Einzelvortrag sei nochmals erinnert. Wie bereits mitgeteilt, ist dieser Vortrag dem Gedächtnis des großen französischen Sozialisten Jean Jaurès gewidmet. Vortragender ist Genosse Karl Kautsky.

Eintrittspreis 10 Pf.

Eierschwinder.

Uns wird geschrieben: In der „Berliner Morgenpost“ war kürzlich folgendes Inserat zu lesen: „Eier Schod 15.— M. liefert gegen Voreinsendung des Betrages Schmidt, Alt-Löbau, bei Löbau i. S.“

Ich sandte zusammen mit einem Bekannten 30.— M. ein. Bekam aber weder Eier noch Geld zurück. Auf unsere Aufforderung durch Postkarte bekamen wir auch keine Antwort. Nun schreiben wir einen Einschreibebrief und waren nicht wenig überrascht, gestern anstatt einer Antwort von Schmidt, ein Schreiben des Landgerichts Waagen folgenden Inhalts zu erhalten:

„Der Kaufmann Schmidt, Alt-Löbau, befindet sich wegen Verdachts des Betruges im Untersuchungsgefängnis. Ich hoffe Ihnen jedoch zur Zurückstattung Ihres Geldes verhelfen zu können. Königl. Landgericht Waagen.“

Wir sind also einem Betrüger in die Hände gefallen, daher dürfte diese Mitteilung manchen vor ähnlichem Reinsfall schützen.

Bodenleder-Verteilung an Schuhmachereien, Reparaturwerkstätten und Besohlanstalten im Handwerksamtbezirk Berlin. Gemäß der Bestimmungen für die Verteilung der Bodenleder für die Gruppe Kleinerlehre hat der Vorstand der Handwerkskammer zu Berlin die Bezirkskommission für den Kammerbezirk — Geschäftsstelle: Berlin, Teltower Str. 1—4, (Handwerkskammerhaus) — gebildet und diese die Meldestellen errichtet, bei denen die Inhaber von Schuhmachereibetrieben, Reparaturwerkstätten und Besohlanstalten bis 29. Juli 1916 unter Angabe von Wohnort, Vor- und Zunahme des Betriebsinhabers, Art des Betriebes: ob Schuhmacherei, Reparaturwerkstatt oder Besohlanstalt, Anzahl der am 1. Juli 1916 beschäftigten Arbeiter einschl. Lehrlinge, ihre Betriebe anzumelden haben. Auskünfte erteilt die Bezirkskommission.

Nochmals die prinzipiellen Damhirsche.

Wie schütze ich mich vor Wildschaden? Diese Frage ist in der heutigen Zeit, da großer Mangel an Nahrungsmitteln herrscht, von außerordentlicher Bedeutung. Sie muß öffentlich aufgeworfen und im Interesse der Allgemeinheit sofort entschieden werden. In der „V. J. am Mittag“ ist Dr. Artur Bernstein der Ansicht, daß z. B. gegenüber den die Kartoffelfelder verwüstenden Damhirschen des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen die Selbsthilfe unbedingt am Platze ist. Er schreibt: „Ich für meinen Teil hätte in jetziger Zeit sofort eine Flinte genommen und alle meine Hausgenossen und Freunde mit Flinten bewaffnet, um den im Sinne der Volksernährung unbedingt erforderlichen Akt der patriotischen Notwehr zu begehen. Ich hätte mit meiner Schützentruppe so viel Damhirsche weggeschlachtet als nötig ist, um die Betreuer der prinzipiellen Damhirsche zu geeigneter Abhilfe zu veranlassen. Da ich kein Wildbiid bin, würde ich die Kadaver einfach liegen gelassen haben in der Hoffnung, daß sich schon arme Leute finden, die das schöne Fleisch den Hirschen rechtzeitig entziehen. Wenn ich nicht schlafen könnte, würde ich Fallen und Gruben hergerichtet und die am Volkswohlstand sündigenden Damhirsche gefangen haben. Notwehr ist nicht strafbar, und in vaterländischen Dingen eine Pflicht. Ich würde auch nicht erst lange um eine Wildschuß-erlaubnis gefragt haben. Es ist das eine Sache, die in 24 Stunden erledigt werden kann. Wenn der Landrat mir in 24 Stunden keinen Schutz gewährt, so weiß ich, was ich zu tun habe. Mein Untertanengewissen kann ich nebenbei noch durch beschwerdefährendes Antelegraphieren des Regierungspräsidenten, des Oberpräsidenten, des Ministers, des Ministerpräsidenten und schließlich des Kaisers beruhigen. Aber vor allem schütze ich meine Kartoffeln. Ich möchte den Gerichtshof sehen, der mich heutigen Tags deswegen verurteilen würde.“

Es ist unseres Erachtens Aufgabe des Nahrungsmittelamtes, zu veranlassen, daß sofort die nötige Entscheidung getroffen wird, die dahin gehen muß, daß erstens den Nahrungsmitteln auf dem Felde aller erforderlicher Schutz gegen Wildschaden zu gewähren ist, widrigenfalls die Verantwortlichen und Jagdinhaber schwer zu bestrafen sind; vor allem aber müßte das Wild ohne Vorbehalt und unter behördlicher Kontrolle für die Volksernährung Verwendung finden.

Enttäuschte Dampferfahrer.

Aus unserem Leserkreis wird uns geschrieben: Am letzten Sonntag unternahm ich mit Verwandten einen Ausflug nach Zegel und wir fuhren mit dem Dampfer nach Jörsfelde. Auf Anfrage am Vizeleutnant der Stern-Gesellschaft wurde uns erklärt, wir könnten mit dem letzten Dampfer um 10 Uhr nach Zegel fahren. Sollte der Dampfer aber besetzt sein, so könnten wir nach dem Restaurant Restaurant gehen, von wo aus noch mehrere Dampfer leer fahren würden. Auf Grund dieser Auskunft lösten wir zehn Fahrkarten für Erwachsene und vier für Kinder. Als um 10 Uhr der Dampfer ankam, warteten etwa 60—70 Personen auf der Landungsbrücke auf Beförderung, aber der Kapitän ließ nur fünf Personen aufsteigen und fuhr dann ohne weiteres davon. Als wir uns nun schämtig nach Restaurant begaben, mußten wir hören, daß der Dampfer nach Zegel fort sei und ein anderer nicht mehr ginge. Und so blieb uns weiter nichts übrig, trotz unserer Fahrkarten, den Weg nach Zegel zu Fuß zurückzulegen. Die Empörung über diese Enttäuschung war nicht gering.

Beröffentlichung der vollständigen Gewinnliste. Der „Berein Berliner Zeitungsverleger“ hat die Beschränkung der Lotterielisten wieder aufgehoben. Wir werden daher von der nächsten Ziehung ab, die am 11. August beginnt, wieder die vollständige Gewinnliste bringen.

Soziales.

Landnutzung für Kriegsbeschädigte.

In der „Arbeitszeitung“ macht ein mecklenburgischer Verwaltungsbeamter Vorschläge, um den Kriegsbeschädigten Landnutzung zuzuwenden.

Seine Vorschläge beruhen auf Vorsehungen mecklenburgischer Verwaltungsbeamter. Diese sind der Ansicht, den Kriegsbeschädigten könne eine gesicherte Landnutzung verschafft werden, wenn ihnen eine „Kompetenz“, wie sie in den mecklenburgischen Dorfgemeinden den Häuslern oder Einliegern verliehen wird, zugewiesen würde. Eine solche Kompetenz besteht in der Regel aus etwa 1/2 Hektar Acker, etwa 1/2 Hektar Weide — für eine Kuh — und etwas Wiese (zirka 1/2 Hektar), wofür eine geringe Pacht an die Gemeinde gezahlt wird. Die größeren Besitzer sollten verpflichtet werden, Ländereien zum Zweck der Hergabe solcher Kompetenzen (Kriegesbeschädigten) an die Gemeinden zu verpachten und diese sollten die „Kriegeslehen“ zu einem billigen Preis (1/2 oder 1/3 des ortsüblichen Preises) verpachten. Die Belastung der Gemeinden wäre auf die Kreise, Provinzen und den Staat mitzuführen. Nach Ableben oder Wegzug des Kriegsbeschädigten soll das Kriegeslehen an den Eigentümer von Grund und Boden zurückfallen. Ferner soll in ähnlicher Weise den Kriegsbeschädigten das zum Aufbau von Wohnstätten erforderliche Gelände als Heimstätte verschafft werden. Die größeren Besitzer sollen verpflichtet sein, den Grund und Boden für die Heimstätten zu verlaufen.

Von diesen Grundzügen ausgehend, schlägt der mecklenburgische Verwaltungsbeamte einen Gesetzentwurf über Kriegeslehen und Heimstätten vor. Die wichtigsten Bestimmungen dieses Entwurfs gehen dahin: Jeder Kriegsbeschädigte, welcher eine Verarmungszulage und eine Militärpension bezieht, ist berechtigt, von der Gemeinde oder Ortsobrigkeit, in deren Bezirk er bei Ausbruch des Krieges seinen Wohnsitz hatte, die Ueberweisung eines Kriegeslehens in Größe von 1 1/2 Hektar zu verlangen. Das Kriegeslehen ist auf Lebenszeit für die Hälfte der ortsüblichen Pacht in Nutzung zu geben. Die ortsübliche Pacht wird alle zehn Jahre für die nächsten zehn Jahre festgelegt. Der an die Gemeinde vom Kriegsbeschädigten zu entrichtende Pachtzins soll zur Hälfte vom Kriegsbeschädigten, zu je 1/4 von dem Kreis und der Staatskasse gezahlt werden.

Ein erheblicher Vorzug dieses in Gesetzesform gemachten Vorschlags liegt u. a. darin, daß der Kriegsbeschädigte im Gegenzug zu dem Kapitalabfindungsgesetz ein Recht auf Gewährung eines Kriegeslehens haben soll. Auch zur Forderung auf Ueberlassung einer Heimstätte in der Größe von 2000 Quadratmeter zum ortsüblichen Preis soll er berechtigt sein.

Wir wollen die Hervorhebung von Mängeln, die in diesen Vorschlägen liegen, unterlassen, um umso schärfer zu betonen: Der Gesetzentwurf geht von der durchaus berechtigten Anschauung aus, daß die nach dem jetzigen Gesetz zu gewährenden Kriegesverordnungen durchaus nicht zu einem gesicherten dauernden Lebensunterhalt ausreichen. Das ist ja auch vor nahezu zwei Jahren von allen Parteien im Reichstag anerkannt und damals eine Besserung des Gesetzes in Aussicht gestellt. Wie lange soll diese grundsätzliche Besserung der Verordnungen noch ausbleiben? So mancher aus dem Dienst entlassene Kriegsbeschädigte muß heute mit einer zum Lebensunterhalt völlig unzureichenden Rente sich begnügen. Wann wird die in Aussicht gestellte Besserung eintreten?

Unterstützung der Schuhwarenarbeiter.

Der Bundesrat hat angeordnet, daß für die Betriebe, in denen Schuhwaren hergestellt werden, die Arbeitszeit zu beschränken ist. Da voransichtlich — ähnlich wie in der Textilindustrie — infolge der Arbeitseinschränkungen in der Schuhindustrie eine Erwerbslosenfürsorge in größerem Umfange notwendig werden wird, hat der Bundesrat am Montag beschlossen, daß vom 1. August 1916 ab von dem Gesamtaufwand der Gemeinden oder Gemeindeverbände für eine Fürsorge, welche für Arbeiter, Angestellte und Gewerbetreibende unter der Belastung vom 14. Juni 1916 fallenden Betriebe eingerichtet wird, auf das Reich die Hälfte übernommen wird. Die Bundesregierungen sind ersucht worden, den Gemeinden und Gemeindeverbänden von der Beteiligung des Reichs und des Staats an der Erwerbslosenfürsorge Kenntnis zu geben und darauf hinzuwirken, daß die Gemeinden und Gemeindeverbände sich der Unterstützungsbereitschaft annehmen.

Wie eine Firma und die Konsumenten hintergangen werden.

Die Verschleungen eines Warenhausabteilungsleiters hatte die fünfte Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts in ihrer letzten Sitzung zu prüfen.

Der Kläger Ziesene war im besagten Warenhaus Werkheim Leiter der Wollwarenabteilung und wurde am 25. Mai wegen Verstoßes gegen die Bundesratsverordnung betreffend Verschleung von Web-, Wirk- und Strickwaren sowie gegen eine Verschleung der Geschäftsleitung zur Streckung der Warenvorräte sofort entlassen. Dem Kläger wird zum Vorwurf gemacht, daß er, entgegen der Bundesratsverordnung, von Stoffen, die unter der Verordnung fallen, mehr als ein halbes Stück an einzelne Abnehmer abgegeben hat. Getrennt von dieser amtlichen Verordnung, die sich ja nur auf einen Teil der Stoffe, d. h. auf ganz bestimmte Qualitäten bezog, erließ die Firma für ihre sämtlichen Betriebe durch Mundschreiben an alle Abteilungsleiter am 5. Mai die Verfügung, daß fortan von weicher Ware höchstens ein halbes Stück abgegeben und an Wiederverkäufer oder Wäschefabrikanten überhaupt nicht verkauft werden darf. Wie der Vertreter der Beklagten ausführt, traf die Geschäftsleitung diese Maßregel zum Schutze der Konsumenten. Der vorhandene Lagerbestand sollte im Interesse der Detailkundschaft soweit wie möglich gefreud, und es sollte vor allem verhindert werden, daß Fabrikanten oder Großisten die Vorräte aufkaufen oder durch Mittelpersonen aufkaufen lassen. Diese Verordnung hat Z. aus Schlimmste durchkreuzt, indem er in zahlreichen Fällen Grobisten, Wäschefabrikanten, ja sogar einem anderen Kaufhaus Stoffe in ganzen Stücken und in erheblichen Mengen verkauft hat. In der Weisaufnahme befandete eine Zeugin, die Lagererin in der betreffenden Abteilung, daß sich jede Verkäuferin nach der Verfügung richtete und darum nur an Privatleute verkaufte und auch da nur halbe Stücke. Die Wäschefabrikanten aber, die mit dem Auto vorgefahren kamen und die Ware mit Handwagen abholten, ließen, wandten sich, wenn sie die Verkäuferin pflichtgemäß zurückwies, einfach an den Abteilungsleiter Z., der ihnen an einem Tage oft drei bis fünf ganze Stücke — das Stück zu 60 bis 80 Meter — abgab. Damit es an der Kasse nicht auffiel, hielt er die Verkäuferin dazu an, den Verkauf auf mehrere Zettel zu schreiben, auch entfernte er wegen des billigen Preises, den er in Rechnung stellte, die Auszeichnung. Es handelte sich dabei, wie die Zeugin ausdrücklich hervorhebt, nicht etwa um zurückgelassene Stoffe, sondern um ganz frische saubere Ware. Auf diese Weise haben nach den Angaben der Lagerdame die Wäschefabrikanten und andere Großisten die beste und billigste Ware zum Schaden der Privatkundschaft fortgeholt. Das Personal hielt sich auch unter sich über die Maßnahmen des Abteilungsleiters auf, und eine Verkäuferin machte ihn sogar auf das Bedenkliche solcher Verkäufe aufmerksam, Z. wies sie aber mit den Worten zurück: „Das wird von Fall zu Fall entschieden.“ Der Kläger selber suchte sich in der Verhandlung damit zu rechtfertigen, daß den Abteilungsleitern immer gesagt würde, sie sollten auf große Umsätze in ihrer Abteilung hinarbeiten. Im übrigen könne man es keinem Kunden an der Kasse ansehen

ob er Fabrikant oder Privatmann sei. Die Fabrikanten hätten ihre ganze Verwandtschaft einzeln abgeschickt, um Ware einzukaufen. Der letztere Einwand wurde jedoch von den Zeugen widerlegt. Sie befanden sich übereinstimmend, daß die Fabrikanten und das Kaufhaus ganz offen unter der Firma sich meldeten, sodas jeder wußte, daß es keine Privatkaufmannschaft war. — Die Firma wollte entgegenkommend aus freien Stücken 170 M. zahlen und im Zeugnis die Führung als „im allgemeinen zufriedenstellend“ leistieren. Das Kaufmannsgericht riet dem Kläger dringend, sich damit zu bescheiden, da er sonst riskiere, ganz abgewiesen zu werden. Sein Verhalten sei nach einstimigem Urteil ein inoffizielles gewesen. Ein bedingungslos gutes Zeugnis könne er nicht beanspruchen. Kläger folgte auch dem Rat und verzichtete auf seine weiteren Forderungen.

Berichtszeitung.

Nicht aufspringen!

Wer während der Fahrt auf eine elektrische Bahn aufspringt oder abspringt oder auf dem Trittbrett stehen bleibt, begibt sich und andere in Gefahr. Deshalb verliert er jeden Anspruch auf Entschädigung bei einem Unfall und macht sich außerdem strafbar. Das Kammergericht verwarf die Revision eines Mechanikers, der während der Fahrt aufgesprungen und deshalb bestraft war. Selbstverständlich kann die Tatsache, daß in tausend Fällen keine Strafanzeige erfolgt, dem Angeklagten nicht als Entschuldigung dienen.

Gefängnisstrafe für Verfüttern von Brotgetreide.

Wegen Anstiftung zum Vergehen gegen die Bundesratsverordnung vom 28. Juni 1915 betr. den Verkehr mit Mehl und Brotgetreide hat das Landgericht Oldenburg am 22. Januar den Landwirt M. zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Die erwähnte Bundesratsverordnung erklärt befamlich das Brotgetreide für beschlagnahmt und verbietet jede unerlaubte Veränderung oder Verfeinerung desselben, insbesondere das Verfüttern des Brotgetreides an Vieh, da solches Getreide zur Probereitung, also zur Ernährung der Bevölkerung verwendet werden soll. Hiergegen hatte der Angeklagte M. dadurch verstoßen, daß er seinen Acker anhielt, an das Vieh auf seinem Gute dergartiges Getreide zu verfüttern und der Beschlagnahme zu entziehen. Wegen des Urteils hatte nur der Angeklagte M. Revision eingelegt. Das Reichsgericht erkannte am Montag auf Verwerfung des Rechtsmittels.

Aus aller Welt.

Speisefett zur Seifenfabrikation.

Die letzte Nummer der Halbmonatsschrift „Margarine-Industrie“ veröffentlicht folgende Zuschrift aus Litva: Nach Feststellungen des hiesigen Konsumenten Ausschusses sind von den Seifenfabrikanten beträchtliche Mengen Margarine und Butter aufgekauft worden. Die für Margarine erlegten Preise betragen 3,60 M. gegen 2 M. Höchstpreis für Margarine zu Speiseweden. Auch Butter sei von einer Delikatessenhandlung zu ungewöhnlich hohen Preisen an Seifenfabrikanten zur Herstellung von Seife verkauft worden. Es habe sich in diesem Falle um keine Reinerbutter gehandelt. Die Verkäufer der Speisefette hätten zu ihrer Entschuldigung angeführt, Margarine und Butter seien verborben gewesen, eine Behauptung, die bei der Knappheit von Butter und Margarine und ihrem schlanen Abgang zu Speiseweden wenig überzeugend wirkt. Durch diesen Vorgang sei gewissermaßen eine Prämie darauf gesetzt, gute Fette durch Zurückhaltung verderben zu lassen, um sie dann zu hohen Preisen an Seifenfabrikanten zu geben. Die Angelegenheit ist dem Bundesrat übergeben worden. — Hoffentlich wird diesem skandalösen Treiben bald ein fester Riegel vorgeschoben.

Presse und Inseratengeschäft. Herr Paul List, Verlagsbuchhändler in Leipzig, sandte der „Frankfurter Zeitung“ ein Buch zur Besprechung und schrieb: „Ich lege besonderen Wert auf eine Besprechung dieses Buches, da ich Ihrer Zeitung auch einen besonderen Inseratenauftrag überschrieben habe. Sollte durch die Inserierung sich die Absatzfähigkeit wesentlich erhöhen, bin ich nicht abgeneigt, späterhin auch noch meine übrigen Verlagswerke in ähnlicher Art anzugeben. Natürlich möchte ich zur Bedingung machen, daß eine Besprechung dieser meiner Verlagswerke nur günstig ausfällt, andernfalls gerade das Gegenteil gezeitigt würde.“ Was aber in uns, bemerkt dazu die Redaktion der „Frankfurter Zeitung“, gezeitigt wurde, das ist der Entschluß, dieses Schreiben zu veröffentlichen, auf daß solche Sitten nicht einreihen möchten.

Der Standpunkt der „Frankfurter Zeitung“ dürfte von allen Redaktionen, die auf Reinlichkeit sehen, geteilt werden. Es hat aber den Anschein, als ob Herr List schon irgendwo Entgegenkommen gefunden hat, sonst hätte er sich wohl schwerlich mit seinem dreifachen Angebot an eine angefehene Zeitung gewandt.

Untergang eines Lloyd dampfers. Die Stettiner „Neuesten Nachrichten“ erfahren aus Swinemünde: Der Lloyd dampfer „Norderney“ mit Erziehung von Schweden auf der Heimreise ist vorlechte nacht nördlich Arkona gesunken. 85 Mann der Besatzung sind durch ein Vorpostenschiff Mittwoch vormittag nach Swinemünde gebracht worden. Der Kapitän der „Norderney“ und drei Mann der Besatzung sind ertrunken.

Von einem Schulknaben erschossen. Ein 12jähriger Berliner Knabe, der zu einer Anzahl in Ostpreußen während der Ferien bei Landwirten untergebrachten Schulkindern gehört, setzte sich in Tschicklanten im ostpreussischen Kreis Insterburg in unaufgeklärter Weise in den Besitz eines geladenen Gewehrs und erschoss das sieben Jahre alte Kind des Besitzers Prezens, bei dem er wohnte.

Schweres Bootunglück auf der Jade. Auf dem Jadebusen kenterte ein mit vier Personen besetztes Segelboot. Drei Insassen, Leutnant Holz und zwei Matrosen, ertranken. Der vierte, Hauptmann Sande, wurde gerettet.

Ein Raubmord ist auf der Landstraße von Wienowitz nach Sudau (Kreis Ratibor, Schlesien) verübt worden. Das Opfer ist der 14jährige Eisenbahnarbeiter Ignaz Wolnik aus Wienowitz, der von einem Unbekannten überfallen und seiner Barchaft in Höhe von 100 M. beraubt wurde.

Eine Feuersbrunst im Londoner Hafen. Drei große Holzschuppen der Londoner Hafenbehörde in den Westindia-Docks sind am Sonnabend durch ein Feuer zerstört worden, das 30 Stunden anhielt. Der Schaden wird amtlich auf etwa 1 1/2 Millionen Mark geschätzt. Die Westindia-Docks sind ein Hauptteil des Londoner Hafens, nahe der City gelegen.

Parteiveranstaltungen.

Maricendorf. Der Bildungsausschuss veranstaltet am Sonntag, den 6. August, eine Besichtigung des Botanischen Gartens. Treffpunkt nachmittags 1 1/2 Uhr am Bahnhof Maricendorf. Kindern unter zehn Jahren ist der Besuch des Gartens auch in Begleitung Erwachsener nicht gestattet.

Wetterausblick für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Vieles heißer, in den Tagesstunden ziemlich warm, aber noch veränderlich, und besonders im Süden verschiedentlich etwas Regen. Stürmische Gewitter.

Von einem Kraftwagen überfahren und getötet wurde gestern ein 9 Jahre altes Mädchen Martha Bartlowski aus der Weinendörfer Straße 84. Die Kleine wollte vor dem Hause Nr. 18 quer über den Straßenraum laufen und überfuhr einen Kraftwagen, der gerade dahergefahren kam. Sie geriet unter die Räder und blieb besinnungslos liegen. Der Führer des Wagens brachte sie nach der Rettungswache in der Lindower Straße, dort konnte aber der Arzt nur noch den Tod feststellen.

Entschuldig gerichtet wurde gestern ein Arbeiter auf dem Flugplatz Johannistal. Der Mann war dort mit dem Teeren eines Daches beschäftigt. Dabei rutschte er aus und fiel in den mit dem lachenden Teer gefüllten Kessel. An den Händen und im Gesicht schwer verbrannt, wurde der Bedauernswerte fortgeschafft.

Das unvorsichtige Umgehen mit einer Schusswaffe hat wiederum zu einem bedauerlichen Unglücksfall geführt, dem ein Kindesleben zum Opfer fiel. Die beiden Söhne des Hegemeisters Kube in Schönlanke hatten sich eine mit Schrot geladene Flinte des Vaters zu verschaffen gewußt, mit der sie im elterlichen Garten spielten. Während sich die beiden Brüder an der Waffe zu schafften machten, entlief sich das Gewehr und die volle Schrotladung traf den achtjährigen Karl Kube in das Gesicht, so daß der Kleine auf der Stelle getötet wurde. Ein Diensthilfe des Hegemeisters, der in der Nähe stand, wurde durch einige Schrotkörner ebenfalls verletzt.

Wer ist der Tote? Schwierigkeiten macht die Feststellung eines Mannes, der am 14. d. M. auf Bestand in einem Waldstreifen zwischen der Spandauer Bahn und dem Garnisonlazarett tot aufgefunden wurde. Der Mann hatte sich selbst eine Revolvertasche in die rechte Schläfe gesteckt. Man fand nichts bei ihm, was zur Feststellung seiner Persönlichkeit dienen könnte. Der Unbekannte ist etwa 35 Jahre alt und mittelgroß, hat dunkelblondes kurzgeschneitenes Haar, einen blonden gestutzten Schnurrbart, große Augen und eine etwas gebogene Nase und trug einen dunkelgrauen gestreiften Sommerüberzieher, einen dunkelgrün karierten Jackettanzug, einen braunen Schlapphut mit schwarzem Bande, graue Strümpfe, holbe schwarze Schnürschuhe, ein weißes Leinenhemd mit dem Zeichen L. B. und einen Gummifragen mit schwarzem Schlipf. Bei sich hatte er noch 1 M. 65 Pf. Geld, einen Haus- und einen Korridor Schlüssel, zwei Glashüllen mit Scharin, eine Wertschachtel mit einer Morphininjiziere und eine kleine Flasche mit einer Flüssigkeit. Seinem Äußeren nach scheint der Mann dem Mittelstande angehört zu haben.

Herrnfeld-Theater. Die Eröffnungsvorstellung der neuen dreitägigen Komödie „Wachsmanns Hühnerhof“ findet am Sonnabend, den 29. Juli, statt.

Arbeiter-Schwimmverein „Berlin“ (M. d. N. S. V.) Die Schwimmgenossen, die am Sonntag an der Vormittagspartie teilnehmen, treffen sich um 7 Uhr am Bahnhof Köpenick. Die übrigen Mitglieder finden sich zum Überschwimmender Schwimmfest nachmittags 4 Uhr in der 1. Gemeindefeuerbestenanstalt bei Tabberis Badischhöfen ein. Gäste herzlich willkommen.

Aus den Gemeinden.

Reichliche Kartoffellieferungen im Kreise Teltow.

Der Landrat des Kreises Teltow macht bekannt: Die übermäßigen Lieferungen von Frühkartoffeln während der letzten Tage gibt der Teltower Kreiswirtschaftsgesellschaft Veranlassung, in den nächsten Tagen den Verkauf von Frühkartoffeln auf den dringenden Bedarf der Gemeinden des Kreises zu beschränken; Lieferungen an andere Kommunalverbände finden nicht statt.

Die Kartoffelerzeuger wollen deshalb vor dem Wubbeln von Kartoffeln bei dem zuständigen Kartoffelhändler anfragen, ob Bedarf vorliegt, da die Kartoffeln sonst nicht abgenommen werden.

Kein Wunder, daß bei den überaus hohen Kartoffelpreisen, die am 1. August um eine Mark sinken, die Landwirte sich krampfhaft bemühen, ihre Waren den Kommunen auf den Hals zu schieben.

Beschwerdestelle für Lebensmittelversorgung in Schöneberg.

Zur Bequemlichkeit der Bürgerschaft, die sich vielfach mit ihren Beschwerden und Anfragen in der Lebensmittelversorgung an die Bureau der Lebensmittelstelle wendet, hat der Magistrat Schöneberg jetzt eine besondere Auskunfts- und Beschwerdestelle für die Lebensmittelversorgung eingerichtet, die sich im neuen Rathaus, Zimmer 261, befindet. Die Dienststunden dieser neu eingerichteten Auskunfts- und Beschwerdestelle sind die gleichen, wie die allgemeinen Dienststunden der städtischen Bureau. Es ist dafür Sorge getragen, daß die Angestellten dieser Auskunftsstelle mit anderen Geschäften nicht belastet sind und der Bürgerschaft mit ungeteilter Aufmerksamkeit zur Verfügung stehen.

Eröffnung der ersten Kriegsküche in Tempelhof.

Am gestrigen Tage wurde die erste Kriegsküche eröffnet. Der starke Andrang bei der Speiseabholung zeugte davon, daß mit dieser Einrichtung einem dringenden Bedürfnis entsprochen wurde. Die Einrichtung der Speisen erfolgt in den Räumen des bisherigen Vereinslazarets im Hyzium, Gernantstraße 6/8. Dort sind drei große moderne Kochstellen aufgestellt, in denen bis zirka 800 Liter Speisen zubereitet werden können. Die Teilnahme an der Speisung ist nur wochenweise, beginnend am Montag, vorgesehen. Wochenarten können freitags von 8—12 Uhr und 3—8 Uhr und Sonnabends von 8—1 Uhr und von 5—7 Uhr im Arbeitsnachweise, Dorfstraße 13, gegen Vorlegung der Fleisch- und Kartoffelliste gekauft werden. Die Entnahme für mehrere Wochen ist zulässig. Der Preis für die ganze Portion beträgt 40 Pf., für die halbe 20 Pf. Bei dem Kauf von Wochenarten für ganze Portionen werden für jede Person und Woche von der Fleischkarte drei Marken und von der Kartoffelliste zwei Marken abgetrennt; bei halben Portionen eininhalb bzw. eine Marke. Nicht benutzte Tagesabnahme sind verfallen. Ertrag für Verlust der Karte oder einer Marke wird nicht gewährt. Einzelstehende Personen können die Speisen in einem neu ausgestatteten Speiseraum einnehmen, während Familien für die Entnahme nach der Wohnung Gefäße mitbringen müssen. Die Ausgabe der Speisen erfolgt schon von 11 Uhr ab.

Aus der Gemeindevertretung Weissensee.

Die letzte Gemeindevertreterversammlung beschloß ein Ortsstatut, betreffend Kriegesfürsorge für erwerbslose Angestellte und Arbeiter der Textilindustrie nach dem einheitlichen Musterstatut für Groß-Berlin, mit dem Unterschiede, daß das Statut nicht vom 1. Mai 1916, sondern schon vom 1. Oktober 1915 rückwirkend in Kraft tritt. Für den Ausschuss wurden die Wahlen des Vorsitzenden, zwei Arbeitgeber und zwei Arbeitnehmer sofort vorgenommen und als Arbeitnehmer die Genossen Präßilla und Grubel gewählt. Für die Einrichtung eines Heims für Frauenhilfe hat die Gemeinde ein 4 Morgen großes Grundstück gratis zur Verfügung gestellt. Dasselbe wird im Anschluß an das Säuglingskrankenhaus und in der Nähe des Volksparkes erbaut. Aus Anlaß dieses Baues mußte die Vaufluchtlinie der Kniprodetrage an der Hellenberger Straße verändert werden, was durch die Gemeindevertretung beschlossen wurde. In der geheimen Sitzung wurde über den Verkauf des Elektrizitätswerkes beraten, doch sind die Verhandlungen nicht zur Beschlußfassung gekommen.

Ein Sozialdemokrat im Schulkuratorium.

In der letzten Gemeindevertreterversammlung in Rowawes wurde gelegentlich der Ergänzung einiger Kommissionen der sozialdemokratische Gemeindevertreter Dietrich Osmer zum Mitglied des Kuratoriums für die örtlichen höheren Schulen gewählt. Die Wahl bedarf noch der behördlichen Bestätigung.

Briefkasten der Redaktion.

W. R., Mosbit. 1. Leider nein. 2. Ja. 3. Die Sendung würde beschlagnahmt werden. 4. Die Beschwerde wäre an die Post zu richten. — **W. R. 20.** 1. Ja. 2. Es müßte an das Amtsgericht Ihres Wohnorts ein Schreiben folgenden Inhalts gerichtet werden: „Ich beantrage, aus der Landesliste (evangelisch, katholisch) auszutreten und beantrage die Ansetzung eines Termins zum Austritt aus der Landesliste.“ Sie müßten dann innerhalb 4-6 Wochen nach Eingang dieser Anmeldung bei dem Amtsgericht Ihren Austritt persönlich erklären. 3. Sind Sie Soldat, so müßten Sie natürlich Urlaub zwecks Austrittserklärung nachsuchen. Der Urlaub kann bewilligt werden; ein Recht darauf haben Sie aber nicht. 4. Die Kosten betragen 3 M. und Schreibgebühren. — **N. 6.** Wegen Gerichten und Gesetzen zurückgestellt. — **Waldort 187.** 1. Sie müßten schriftlich bei dem Kommandantgericht Berlin eine Unterredung nachsuchen und den Zweck Ihrer Unterredung angeben. Es kann dann Unterredung im Beisein eines Beamten gehalten werden. 2. Nein. — **T. S. 31.** 1. Nein. 2. Ja; an die Krankenkasse. 3. Nur bis zum Tage der Entlassung. 4. Nehmen Sie an, daß Ihre Krankheit eine Folge des Dienstes ist, so müssen Sie Ihre Ansprüche durch das Begriffskommando geltend machen. — **C. L. 100.** Das Protokoll kann verschieden sein; es muß aber so viel gegeben werden, als die Brautmarke betragen. Ist das nicht der Fall, so verlangen Sie Nachlieferung. Eventuell wären Sie berechtigt, die Sache auf dem Polizeirevier zur Strafverfolgung zu bringen. — **A. 2.** Eine Abfindung der Witwenrente bei Wiederverheiratung gibt es nicht. Das Recht

auf Bezug des Witwengeldes erlischt mit dem Ablauf des Monats, in dem die Witwe sich verheiratet. — **Alte Adonnet.** 1. Zunächst müssen Sie gegen den Zahlungsbefehl Widerspruch erheben. Die Forderung ist verjährig, wenn nicht etwa aus dem Betrage, den Sie geschlossen haben und dessen Vorlaut und nicht bekannt ist, Gegenständliches hervorgeht. 2. Ihre Frau hat für Ihre Schulden nicht. 3. Wird gekündigt, so kann sie mit Erfolg intervenieren. — **M. C. 26.** 20 M. werden als Beihilfe gegeben. Die Gebühme hat das nach ihrer Gebührentage für Zustehende zu verlangen. Ruft sie in Ihrem Falle von auswärts kommen, so würden 20 M. wohl nicht reichen. — **M. B. 100.** Jeigen sind nicht erforderlich. Wenn das Datum und der Ort angegeben und das Testament vor Anfang des Ende eigenhändig geschrieben und unterschrieben ist, so ist es gültig. Notarielle oder gerichtliche Form ist nicht notwendig. — **W. S. 7766.** Nein. — **W. 23. 34.** 1. Geht aus Ihrem Betrage nicht etwa das Gegenstück hervor, so kann der Wert gegen das Galten des Kaufpreises nicht einwenden. 2. Das Fahrrecht bleibt Ihnen. — **M. S. 79.** Die Unterstufung würde nicht gewährt werden, weil infolge der Lohnzahlung Bedürftigkeit nicht mehr vorliegt. — **M. R. 1.** Die Staatsbeamten, alle Nr. 1 und 2, müssen außer Erziehung bleiben, da Sie Soldat sind. 2. Der Kaufvertrag ist gültig, einen Verjährungsausschub für Kaufverträge gibt es nicht. — **M. W. 43.** 1. Wenden Sie sich an die Waisenverwaltung. 2. Ja. — **C. W. R. 1916.** Der Ehevertrag muß, um gültig zu sein und um aus demselben volle Rechte herleiten zu können, schriftlich abgeschlossen sein. Ihr Mann soll mit dem Ehel den Vertrag schriftlich schließen. — **A. 100.** Einen rechtlichen Anspruch auf die Lösung haben Sie nicht, Sie kann Ihnen aber gewährt werden. Den Antrag

hätten Sie an das Erbschaftsamt desjenigen Erbteilnehmers zu richten, zu dem der Betreffende eingezogen wurde. — **C. R. 99.** 1. Ja. 2. Nein. — **B. 800.** Nach Ihren Darlegungen haben Sie Ihrer Schwägerin nichts zu zahlen. Der Nachlass besteht in dem, was am Tage des Todes vorhanden ist, nicht in dem, was eingebracht war, aber ausgegeben ist. Da Ihre Ehe kinderlos war, so würden Sie an sich allerdings die Frau zu Schwelger und den übrigen Geschwistern oder den Eltern der Frau zu kommen erben. Sie würden die Hälfte des Nachlasses erben. Aber Sie würden alle voraus alle Gegenstände erhalten, die zum ehelichen Haushalt gehört haben, und die Hochzeitsgeschenke. Da im Nachlass nicht mehr als das Haushaltsinventar vorhanden ist, so erhalten Sie allein den Nachlass. Es tritt übrigens hinzu, daß die Beerdigungskosten auch zum Nachlass gehören, so daß wenn wirklich Beerdigungskosten vorhanden sein sollten, diese doch Ihnen bleiben, weil die Beerdigungskosten von Ihnen gezahlt sind. — **W. W. 9.** Sie müßten sich an den Magistrat wenden. — **W. 64. 23.** 1. Ja. 2. Sollten Sie vom Magistrat in Rußland abgemeldet werden, so wenden Sie sich beschwerdeführend an den Oberpräsidenten und eventuell an den Minister des Innern. 3. Beantragen Sie die Unterstufung für die Zeit während des Krieges. Es ist aber zweifelhaft, ob rückwärts gezahlt wird. Eingewendet könnte auf der anderen Seite werden, daß der Betreffende seit dem 14. Februar nicht mehr Soldat ist und daher von dieser Zeit ab ebenfalls nichts mehr zu zahlen wäre. Immerhin machen Sie den Versuch.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreises.
Landsberger Viertel. Box. 387.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Wärters-
macher
Paul Kumm
Friedenstr. 55, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Donnerstag, nachmittags 1 1/2 Uhr,
von der Halle des Zentral-
Friedhofes in Friedrichsfelde aus
statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Verhand d. Brauerei- u. Mühlen-
arbeiter u. verw. Berufsgenossen.**
Zahlstelle Berlin.
Wir bringen den Mitgliedern
zur Kenntnis, daß der Kollege
Franz Berger
(Maschinenarbeiter im Bism.
Brauhaus)
am 22. d. M. plötzlich gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 28. Juli, nach-
mittags 5 Uhr, auf dem St.
Nikolaus-Kirchhof in Reutbahn,
Mariendorfer Weg, statt.
Um zahlreiche Beteiligung wird
erlaubt.
Die Ortsverwaltung.

Nach langem Leiden starb am
2. d. Mts. der Wärtersmacher
Paul Kumm
im Alter von 63 Jahren.
Dies zeigt betrübt an
Frau Emma Gahn, Friedenstr. 55.
Die Beerdigung findet heute
Donnerstag, nachmittags 1 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle in Friedrichs-
felde aus statt. 10096

Sozialdemokratischer Wahlverein
Neukölln.
Am 26. Juli verstarb unser
Parteilgenosse 238/12
Heinrich Kanowade
Berliner Straße 40. Beigt V.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen
Freitag, den 28. Juli, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, auf dem Neu-
köllner Gemeindefriedhof, Marien-
dorfer Weg, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Hart und plötzlich traf uns die
traurige Nachricht, daß mein
innigstgeliebter Mann und bergens-
guter Vater seiner drei Kinder,
mein lieber ältester Sohn, unser
guter Bruder, Schwager und
Onkel, der Wehrmann
Oskar Paetzold
(Reserve-Inf.-Reg. Nr. 20)
am 18. Juli 1916 diesem Völter-
ringen zum Opler fiel.
Dieses zeigen in tiefstem
Schmerz an
Die trauernde Gattin
Ernestine Paetzold nebst
Kindern und allen Angehörigen,
Berlin O., Weidenweg 7.
Allzu früh verließest Du die Deinen,
Die in der Heimat bitter Tränen
um Dich weinen. Ach hätten wir
noch einmal Dich gesehn, oder
könnten wir zu Deinem Grabe
geh'n. 10138
Gar einfach war Dein Leben,
Du hastest nie an Dich;
Nur für die Deinen streben,
Gar Deine höchste Pflicht.
Wenn Liebe könnte Wunder tun
und Tränen Lote werden,
Dann würde Dich, mein lieber
Mann,
Nicht kalte Erde bedeu.
Lieber Vater, schlaf in Ruh,
Unsre Liebe best dich zu!
Deine lieben Kinder
Lucie, Willi, Haxe.
Schlaf in Ruh, lieber Bruderberg,
Du hast den Frieden, mit den
Schmerz.
In treuer Erinnerung Dein
Bruder **Bertold** nebst Familie.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Niederharnim.
Bezirk Höhen-Schönhausen.
Am Montag, den 24. Juli,
verstarb plötzlich unser Genosse,
der Schantwirt
Paul Schulz
im Alter von 42 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 28. Juli, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle
des Zentralfriedhofes aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Bezirksleitung.

Als Opfer des Weltkrieges fiel
am 7. Juli 1916 durch Schrab-
nütz unter Heber, hochmütiger
Sohn, Bruder, Onkel und Neffe,
der Korporal
Alfred Mankowski
Telephon-Abteilung
im noch nicht vollendeten 20.
Lebensjahre.
Die trauernden Hinterbliebenen
Vatersbrüder A. Döbner.
Wir trauern, klagen, ach es ist
vergebens,
Nichts bringt Dich, guter Bruder,
mehr zurück;
Du warst die Hoffnung und die
Freude unseres Lebens,
Um fernem Land vollzog sich Dein
Gehst.
Das Dich nun trennt so früh
von all den Deinen.
Nur wer Dich kannte, weiß, was
wir verloren,
Und weiß, warum wir weinen.
10106

Deutscher Holzarbeiterverband.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Wärters-
macher
Paul Kumm
Friedenstr. 55, im Alter von
62 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Donnerstag, den 27. Juli, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Als Opfer des Weltkrieges starb
am 11. Juli 1916 unser lieber,
guter Sohn und Bruder
Otto
im blühenden Alter von 20 Jahren.
Sein einziger Wunsch war
Frieden und Wiedersehen.
Wer ihn gekannt, weiß unsern
Schmerz.
Familie Franz Behrendt,
Berlin, Kastanienstr. 25.

**Volks-Feuerbestattungs-
Verein Groß-Berlin.**
Die Einäscherung unseres ver-
storbenen Mitgliedes Herrn
Emil Hopf
Berlin, Wallernstraße 19,
findet heute Donnerstag, nach-
mittags 4 Uhr, im Krematorium
Friedhof, Kiefernstr. 255/12
Ehre seinem Andenken!

Danksagung.
Für die herzliche Teilnahme und
zahlreichen Kranzspenden bei der Be-
erdigung meines lieben Mannes
Karl Krause 10128
sage ich allen Kollegen, Freunden und
Bekanntem, sowie der Firma Bary u.
Co. und dem Kollegen Wäsel vom
Danbels- und Transportarbeiterver-
band für die trostreichen Worte am
Sarge des Entschlafenen meinen tief-
gefühltesten Dank. **Elsa Krause.**


Für die meinem lieben Mann an-
lässlich seiner Beerdigung erwiesene
Ehre und reichlichen Kranzspenden
sage ich allen Beteiligten, insbesondere
dem Verband der freien Gast- und
Schankwirte und dem Gesangsverein
„Immergrün“ im Namen der Hinter-
bliebenen herzlichsten Dank.
Lina Dewitz.

Spezialarzt
für Haut-, Garm-, Frauenleiden,
nerv. Schwäche, Beinfraktur jeder
Art, **Chrlidh-Gata-Kuren,**
Friedrichstr. 81, gegenüber
Sprecht. 9-11, 1/2 5-7/9, Sonntag
11-2. Honorar mäß., a. Zeitzahl.
— Separates Damenzimmer. —

ZIGARREN
Deutscher Ruchm . . . pr. 100 St. 7.00
Wolffs . . . pr. 100 St. 9.00
Dagos-Zigaretten 2 P. pr. 100 St. 1.80
Talmont . . . 3 P. pr. 100 St. 2.00
+ Arztegutachten.
D. Rind, Berlin N. Gr. Hamburger St. 1.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter
Filiale Groß-Berlin.
Donnerstag, den 27. Juli 1916, abends 8 1/2 Uhr pünktl.,
im Gewerkschaftshaus, Saal 4, Engelfufer 15:
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht vom 2. Quartal 1916.
2. Die Neuregelung der Feuerungszulagen.
3. Verhandlungsangelegenheiten.
Zutritt haben nur Mitglieder gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuchs
Die Ortsverwaltung.

CARDINAL
ZIGARETTEN
sind Qualitätsmarken



FOVEAUX
RAUCHTABAKE
überall erhältlich

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“
Berlin C. A. Gahnsch, Adlerstr. 174.
O. Karl Welle, Petersburger Platz 4. R. Wengels, Markusschloß 36.
NO. 2. Buch, Immanuelfirst. 12.
N. A. Wolgast, Wallstraße 3. G. Fischer, Bastianstraße 6.
Karl Wlad, Grelsenhagenstr. 22. J. Ganssch, Müllerstr. 31a.
S. Vogel, Lerchingstr. 8.
NW. Salomon Joseph, Wilhelmshavener Str. 42.
SW. G. Schmidt, Bernadstr. 42.
S. E. Frig, Prinzengr. 31. G. Lehmann, Kottbuser Damm 8.
SO. Paul Böhm, Leichter Platz 1415. W. Gersch, Engelfufer 15.
Adlershof. Karl Schwarze, Wilmersdorfer Str. 28.
Baumschulenweg. S. Hornig, Mariendorfer Str. 13, I.
Borsigwalde. Paul Kienast, Kienaststr. 10.
Charlottenburg. Gustav Scharnberg, Seidenmacher Str. 1.
Friedrichshagen. Ernst Weckmann, Köpenicker Str. 18.
Grünau. Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal. Max Gonschur, Parkstr. 23.
Karlshorst. German Billing, Dönhoffstr. 23.
Köpenick. Emil Wäker, Rieperstr. 6. Laden.
Lichtenberg I. Otto Seitel, Wartenbergstr. 1.
Lichtenberg II. A. Rosenkranz, Alt-Bogdalen 56.
Neukölln. W. Heinrich, Redakt. 2. C. Rohr, Siegfried-
straße 29/30.
Nieder-Schöneweide. W. H. Kurah, Brändstr. 10.
Nowawes. Karl Kroschberg, Eisenbahnstr. 10.
Ober-Schöneweide. Alfred Haber, Wilhelmshagenstr. 17. Laden.
Pankow. Otto Rikmann, Wäldstr. 30.
Reinickendorf. F. Gurich, Propingstr. 56. Laden.
Schöneberg. Wilhelm Bäumer, Reiningstr. 9 im Laden.
Spandau. Schuhmacher, Dreieckstr. 64.
Steglitz. S. Bernsee, Alsenstr. 5.
Tempelhof. Joh. Krohn, Dorotheenstr. 62.
Treptow. Robert Gramann, Kiefernstr. 412. Laden.
Weißensee. Gustav Rostoff, Beckler Allee 11.
Wilmerdorf. Paul Schubert, Wilhelmshagenstr. 27.

MÖBEL
Nacht
gegen bar und auf Kredit
unter günstigsten Zahlungsbedingungen

B. FEDER
Norden: Brunnenstrasse 1
Osten: Frankfurter Allee 350
Süden: Kottbuser Damm 103
Westen: Charlottenburg,
Scharrenstr. 5, Ecke Wilmersdorfer Str.

Vollständige Wohnungs-Einrichtungen
In jeder gewünschten Preislage
Herren-, Speise-, Wohn- u. Schlaf-
Zimmer, Salons, farb. Küchen
Grosse Auswahl
Inserat m. bringen
5 Mark Wert

Geflügel
kauft oder verkauft

man am besten durch eine kleine
Anzeige im „Vorwärts“. Für
Abonnenten Preisermäßigung.
Annahme in allen Filialpedi-
tionen des Vorwärts oder in der
Hauptpedition Berlin SW. 68
Lindenstraße 3



solange Vorrat reicht
Liefert die
Buchhandlung Vorwärts
SW. 68, Lindenstraße 3.

Lehmann, P., Länder- und Völkerkunde. 2 Bände, reich
illustriert. Statt M. 18.— für M. 8.—
Bode, Dr. W., Geschichte der deutschen Plastik.
Gebd. statt M. 15.— für M. 7.—
Robelt, Dr. W., Die Verbreitung der Tierwelt. Mit
12 Tafeln und vielen Textillustrationen.
Gebd. statt M. 20.— für M. 6.—
Wartels, Adolf, Handbuch zur Geschichte der deutschen
Literatur. Statt M. 6.— für M. 4.50
Weger, Christian, Die Blütezeit der deutschen politischen
Lyrik von 1840-1880. Gebd. statt M. 10.— für M. 3.50
Wagner, R., Tunis. Streifzüge und Studien. Mit 17 Voll-
bildern und einer Karte. Gebd. statt M. 7.— für M. 2.50
Grantoff, Otto, Die Entwicklung der modernen Buchkunst
in Deutschland. Gebd. statt M. 9.— für M. 1.50
Weyer, C., Im Pharaonenlande (Aegypten). Reisebilder-
ungen aus Aegypten. Gebd. statt M. 6.— für M. 1.50
Mantegazza, P., Die Physiologie des Haffes.
Statt M. 7.— für M. 1.50
Marshall, Prof. Dr. W., Charakterbilder aus der heimi-
schen Tierwelt. Gebd. statt M. 4.— für M. 1.50
Lewes, G. S., Goethes Leben und Werke. 2 Bände.
Gebd. statt M. 6.— für M. 3.—
Die mit literarischen und kritischen Anmerkungen versehenen
Ausgabe ist eine der besten Goethe-Biographien.
Rehm, Herm. Siegf., Das Buch der Marionetten. Ein
Beitrag zur Geschichte des Theaters aller Völker.
Gebd. statt M. 12.— für M. 6.—
Umlauf, Prof. Friedrich, Das Ruffmeer. Die Grundzüge
der Meteorologie und Klimatologie gemeinschaftlich dargestellt.
Gebd. statt M. 10.— für M. 5.—
Schleiden, W. J., Das Meer. Mit dem Porträt Schleidens
in Lichtdruck, 16 farbigen Tafeln und Vollbildern sowie 252
Holzschnitten im Text.
Gebd. statt M. 17.50 für M. 8.—
Weltverlehr, der, und seine Mittel. Mit einer Uebersicht
über Welthandel und Weltwirtschaft, 848 Textabbildungen,
14 teils farbigen Tafeln und einer Weltverlehrskarte.
Statt statt M. 15.— für M. 7.50